



<http://www.laender-analysen.de/rusland/>

RUSSISCHE POLITIK ENDE 2012 NOCH EINMAL: DEUTSCHE RUSSLANDPOLITIK

■ VON DER REDAKTION		
С НОВЫМ ГОДОМ – Frohes Fest!		2
■ ANALYSE		
Vorwärts Russland!		
Die Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung Hans-Henning Schröder, Berlin		2
■ STATISTIK		
Statistische Aufbereitung der »Botschaft an die Föderalversammlung«		6
■ UMFRAGE		
Sind Sie ein Patriot?		9
■ ANALYSE		
Auf der Suche nach einer neuen sozialen Basis, oder: Warum die Regierung Russlands ihre Haltung zur Wirtschaft ändert Andrei Yakovlev, Moskau		11
■ DISKUSSION		
Förderung der Demokratie statt oberlehrerhafte Außenpolitik Karsten D. Voigt, Berlin		15
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Ein Jahr danach: »Процесс пошёл!« Jens Siegert, Moskau		19
■ UMFRAGE		
Die politische Lage 2012 im Spiegel der Umfragen		21
■ CHRONIK		
Vom 30. November bis zum 14. Dezember 2012		34



С НОВЫМ ГОДОМ – Frohes Fest!

Die Redaktion der »Russland-Analysen« geht in die Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analysen 250 – erscheint am 24. Januar 2013. Für die ersten Nummern des neuen Jahres planen wir u. a. Beiträge über Zukunftserwartungen in Russland, die Entwicklung der russischen Wirtschaft, Russlandbilder in Deutschland und über die Lage nach dem Inkrafttreten des NGO-Gesetzes. Außerdem denken wir über eine weitere Nummer zur Volkszählung 2010 nach, diesmal mit dem Schwerpunkt Nationalitäten.

Zunächst aber wünschen wir unseren Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Christoph Laug, Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hartmut Schröder und Henning Schröder

ANALYSE

Ворwärts Russland!

Die Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung

Hans-Henning Schröder, Berlin

Zusammenfassung

Putins Bericht zur Lage der Nation – die »Botschaft an die Föderalversammlung« – ist ein bemerkenswertes Dokument. Erstmals nimmt ein russischer Präsident das nationale Narrativ vom »Großen Russland« auf und macht es zur Grundlage offizieller Politik. In der Substanz enthielt sie wenig Neues, viele wichtige Themen fehlten ganz. Doch sie war durchsetzt von Bezügen auf die 1000jährige russische Geschichte, auf Patriotismus und nationale Werte. Beamte und Unternehmer, die russisches Kapital ins Ausland schaffen, figurieren als Feindbilder, »*deoffshorisazija*« – Beendigung der *off shore*-Geschäfte – wird zum Schlagwort. Putin bedient damit eine nationalkonservative Mehrheit und versucht damit das schwindende Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen. Diese Politik ist deshalb problematisch, weil Teile der Gesellschaft ausgegrenzt und Konflikte innerhalb der Eliten angeheizt werden.

2012 – ein kritisches Jahr

Der Präsident hat sich Zeit gelassen. Die alljährliche »Botschaft an die Föderalversammlung« präsentierte er den versammelten Vertretern von Föderationsrat und Staatsduma erst am Verfassungstag, dem 12. Dezember. Das späte Datum war wohl den Umständen geschuldet: Im März gewählt, wurde der Präsident Anfang Mai in sein Amt eingeführt. Im Herbst quälte ihn eine rätselhafte Unpässlichkeit, die ihn an Auslandsreisen hinderte und wohl auch größere zeremonielle Auftritte nicht wünschenswert erscheinen ließ. Zudem war die politische Situation das Jahr über durchaus kompliziert. Die Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung, die zu den Demonstrationen des Winters 2011/12 geführt hatte, ist nicht abgeklungen, und innerhalb der Führungselite gibt es offenbar Unstimmigkeiten und Konflikte. Insofern ist es verständlich, dass der Präsident den Termin für seine erste große programmatische Rede in der neuen Amtszeit möglichst weit hinausschob.

Dabei ist die wirtschaftliche Situation nicht ungünstig. Die internationalen Energiepreise blieben hoch – der Spot-Preis für ein Barrel der Marke »Brent« betrug Anfang November 2012 zwischen 105 und 109 US-Dollar –, und sorgten für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum. Die jährliche Zunahme des Bruttoinlandsproduktes lag 2010–2012 mit über 4% zwar unter den gewünschten Raten, doch weit über den Werten westeuropäischer Industrieländer. Auch die Industrieproduktion stieg, allerdings lag der Zuwachs für das erste Halbjahr 2012 mit 3,2% deutlich unter den Vorjahreswerten. Da die Arbeitslosenrate zwischen 2010 und 2012 von 7,2% auf 5,4% sank, und die Durchschnittslöhne 2011 und 2012 deutlich höher lagen als vor der Finanzkrise 2008/9, sind die sozioökonomischen Rahmendaten nicht ungünstig.

Die günstige Wirtschaftsentwicklung genügte aber offenbar nicht, um den allmählichen Vertrauensschwund aufzuhalten, der seit 2008/09 im Gange ist. Betrachtet man die Umfragewerte des Lewada-Zen-

trums (vgl. Grafik 4 auf S. 21), dann sieht man, dass die Vertrauenswerte für Putin seit 2008 und die Medwedews seit September 2009 fortgesetzt zurückgehen. Waren die Werte im Kontext der Wahlen 2003/2004 und 2007/2008 immer nach oben geschneilt, so zeigten die Medienkampagnen im Umfeld der Wahlen 2011/2012 nur geringe Wirkung. Die »Marke Putin« ist in der russischen Öffentlichkeit zwar immer noch ohne echte Konkurrenz, doch verliert sie zunehmend an Anziehungskraft. Der Bevölkerung steckt die Angst vor Preisanstieg in den Knochen, sie macht die Führung dafür verantwortlich, weil die nicht ausreichend für soziale Sicherungen Sorge, und ein wachsender Anteil der Befragten nimmt sie als egoistisch und korrupt wahr (vgl. Grafik 8 auf S. 23).

Repressive Stabilisierung statt Reform

Putins neues Team hat offenbar kein Rezept gefunden, um kurzfristig eine Wende herbeizuführen. Sergej Iwanow und Wjatscheslaw Wolodin, die an der Spitze der Präsidentialadministration standen, versuchten nicht, die protestierenden Mittelschichten politisch zu integrieren, wie Medwedew es noch im Januar 2012 mit seiner Wahlrechtsreform angestrebt hatte. Das Anderthalbparteiensystem wurde nicht reformiert, auf die Gründung einer liberalen Partei, die kritische Mittelschichten hätte ansprechen können, wurde verzichtet. Der Administration gelang es auch nicht, sich auf die Schnelle im russischen Internet und den sozialen Medien gegen die Regimekritiker durchzusetzen. Sie zieht es offenbar vor, durch rasch zusammengeschusterte Gesetze die Möglichkeit zu schaffen, repressiv gegen Kritiker vorzugehen, sei es durch eine Änderung des Kinderschutzgesetzes, die es erlaubt, missliebige Webseiten lahmzulegen, sei es durch Regelungen, mit deren Hilfe kritische Nichtregierungsorganisationen als »ausländische Agenten« gebrandmarkt werden können. Führer der Straßenopposition werden mit Prozessen überzogen. Der Auftritt der Punkband »Pussy Riot« in der Moskauer Erlöserkathedrale, der von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird, bot Gelegenheit, eine konservative Öffentlichkeit gegen Protestler und Andersdenkende zu mobilisieren. Die Regionalwahlen am 14. Oktober zeigten lediglich die Fähigkeit der Partei »Einiges Russland«, Gouverneurswahlen erfolgreich zu manipulieren und politische Konkurrenz bereits im Vorfeld der Wahl auszuschalten. All dies sicherte zwar die Stabilität des Regimes, führte aber nicht zu einem Vertrauensgewinn in der Gesellschaft.

Die schleichende Vertrauenskrise zwischen »Macht« und »Volk« ist aber nicht das einzige Problem der neuen Administration. Es ist erkennbar, dass es auch innerhalb der Eliten Irritationen gibt. Die personellen Umsetzungen in der politischen Führungsspitze, bei der

die wichtigsten Minister Putins in die Präsidentialadministration wechselten, während die Posten im Kabinett Medwedew meist von Personen der zweiten Reihe besetzt wurden, veränderten auch die Kräfteverhältnisse innerhalb der Machtelite. Es zeichnet sich ab, dass der Zugriff auf die Ressourcen nun teilweise neu verteilt werden muss. So wechselte der einflussreiche Stellvertretende Ministerpräsident Igor Setschin in die Staatswirtschaft und übernahm die Leitung des Ölkonzerns Rosneft, den er durch Übernahme des Unternehmens TNK-BP und eine Partnerschaft mit BP neu aufstellte. Eine Gruppe russischer Oligarchen um Michail Fridman, die versucht hatte, TNK-BP unter Kontrolle zu bringen, zog den Kürzeren.

Zeitgleich begann eine Kampagne gegen Beamte, Politiker und Geschäftsleute, die Vermögenswerte ins Ausland geschafft haben. Der *oil trader* Gennadij Timtschenko, ehemaliger KGB-Offizier, inzwischen finnischer Staatsbürger und in der Schweiz ansässig, verlor zeitweise seine russischen Lieferkontrakte. Putin, hieß es gerüchteweise, habe ihn angewiesen, sein Kapital nach Russland zurückzuführen. Eine Gesetzesinitiative, die aus der Fraktion »Einiges Russland« heraus lanciert wurde und die Abgeordneten und Beamten verbieten soll, Konten und Immobilien im Ausland zu besitzen, zielt in dieselbe Richtung. Die Korruptionsskandale der letzten Monate – im Verteidigungsministerium, bei Rostelekom, bei GLONASS (dem russischen Satellitennavigationssystem), im Landwirtschaftsbereich und im Wohnungsbau – taten ein Übriges, um die Eliten zu verunsichern. Ob es hier um bloße Klan-Konflikte geht, oder ob das System der Selbstbereicherung ernsthaft in Frage gestellt wird, ist nur schwer zu beurteilen.

Symptomatisch für die Verunsicherung innerhalb von Wirtschaftseliten und politischer Klasse ist der Umgang mit der unbestätigten Information, Putin habe eine Rückenverletzung. Dieses Gerücht wurde von der Umgebung Putins hartnäckig dementiert und von den Medien genauso hartnäckig mit immer neuen Bildern und Meldungen genährt. In einem stabilen Machtsystem wäre die Meldung, dass die Führungsfigur vorübergehend nicht reist und möglicherweise krank ist, ohne Bedeutung. Erst wenn es ungeklärte Machtverhältnisse zwischen den Elitengruppen gibt, wird aus dem möglichen Sportunfall des Präsidenten, der der wichtigste Vermittler in Elitenkonflikten ist, ein politisches Problem.

Putins »Botschaft« – das Narrativ von der geistigen Wende

In dieser Situation musste die »Botschaft an die Föderalversammlung der Russischen Föderation« besondere Bedeutung haben. Sie gab dem Präsidenten Gelegen-

heit, sich als politische Führungsfigur darzustellen und ein Narrativ zu präsentieren, mit dessen Hilfe das Vertrauen zwischen »Volk« und »Macht« wiederhergestellt wird. Eben dies hat Wladimir Putin am Verfassungstag im Dezember 2012 versucht.

Ganz bewusst verzichtete er darauf, ein Programm konkreter politischer Maßnahmen zu entwerfen. Er verwies dazu auf die programmatischen Artikel, die er Anfang 2012 als Präsidentschaftskandidat publiziert hatte, und auf seine ersten Erlasse im Mai, in denen er die nächsten sozial- und wirtschaftspolitischen Schritte skizziert hatte. Er ging auch nicht auf sicherheits- und außenpolitische Fragen ein. Weder die Raketenabwehr, noch das Verhältnis zu NATO, EU oder den Nachbarn in Asien stand auf der Tagesordnung. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte der Präsident das souveräne, starke Russland, das sich seiner 1000jährigen Geschichte wohl bewusst ist, und aus der Tradition und den traditionellen russischen Werten seine Stärke und seine moralische Orientierung bezieht.

Für einen russischen Präsidenten sind das in der Tat neue Töne. Hatte Dmitrij Medwedew 2009 das Konzept der Modernisierung in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt und die Fehler und Fehlentwicklungen der Vergangenheit thematisiert, so beschwor Putin 2012 die »einzigartige, ununterbrochene tausendjährige Geschichte, auf die gestützt wir innere Stärke und den Sinn nationaler Entwicklung gewinnen«. Aus solchen Formulierungen wird deutlich, dass die Putin-Administration eine Wende vollzogen hat und sich dem nationalen Lager annähert. Denn das Narrativ an sich ist nicht neu, man findet es seit langem in den Diskussionen der nationalen Intelligenz, die an den Diskurs der Slawophilen des 19. Jahrhunderts anknüpft und sich gegen eine »Überfremdung« durch »westliche« Ideen wehrt.

Dass dieser rückwärtsgewandte Diskurs nun Eingang in das politische Programm des Präsidenten findet, ist bedenklich, kommt allerdings nicht überraschend. Schon die Personalpolitik des Präsidentschaftskandidaten Putin, der einen Vertreter nationalen Denkens wie Goworuchin in sein Wahlkampfteam holte, die Präsidentschaftsadministration Sergej Iwanow unterstellte, und eine so zweifelhafte Figur wie den Rechtspopulisten Dmitrij Rogosin mit wichtigen Regierungsposten betraute, wies in diese Richtung. Auch die Fokussierung der außenpolitischen Anstrengungen auf die Integration des »Eurasischen Raumes« und die Vernachlässigung der Beziehungen zur EU und den USA gehört in diesen Kontext. In der »Botschaft« wird diese Politik nun ideologisch unterbaut. Offenbar sehen Putin und seine Redenschreiber in der Rechtswendung, im Ausspielen der nationalen Karte eine Chance, das Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit wiederzugewinnen.

Pragmatismus mit leichtem Rechtsdrall

Neben der Erzählung von nationaler Größe ging Putin aber auch auf reale Probleme russischer Politik ein. Er sprach die Frage der Demographie an, deren Lösung er in Aussicht stellte, er thematisierte die Mängel im Gesundheitswesen, gegen die der Präsident entschieden vorgehen will. Er bemängelte die Schwächen im Bildungswesen und die Unterbezahlung der Staatsangestellten in diesem und anderen Bereichen des sozialen Sektors. Die empfohlenen Lösungen entstammen wieder der Gedankenwelt russischer Traditionalisten. So soll aus den Staatsangestellten jene »provinzielle Mittelklasse« werden, die früher »in allen Phasen die berufliche und moralische Stütze Russlands« war. Bildung soll verbessert werden, indem man starke, talentierte Lehrer einstellt und sich auf den Reichtum der russischen Kultur bezieht. In der Frage der Migration und der interethnischen Beziehungen plädierte Putin einerseits für eine Rückbesinnung auf den Vielvölkerstaat Russland und kritisierte scharf nationalistische Strömungen, deren Vertreter interethnischen Hass schüren. Andererseits will er aber die Einreise von GUS-Bürgern nach Russland erschweren, indem von ihnen nun ein Auslands-pass verlangt werden soll statt des Inlandspasses (der in etwa unserem Personalausweis entspricht).

Der Präsident äußerte sich auch zur Fortentwicklung des politischen Systems und kündigte die neuerliche Änderung des Wahlsystems an. In Zukunft sollen wie früher wieder Listenwahl und Direktwahl kombiniert werden, und Parteienblöcke zugelassen sein. Jenseits dieser technischen Fragen bekannte Putin sich explizit zu Demokratie als Prinzip und lehnte jegliche Form von Totalitarismus entschieden ab. Allerdings soll die Demokratie eine russische Demokratie sein, in der die Standards vom russischen Volk selber und nicht von außen gesetzt werden. Eine Person, die Geld aus dem Ausland erhält und fremde Interessen vertritt, könne, so Putin, kein Politiker der Russischen Föderation sein. Dies war eine deutliche Anspielung auf das Gesetz über Nichtregierungsorganisationen, nach dem sich diese als »ausländischer Agenten« registrieren lassen müssen, wenn sie Geld aus dem Ausland erhalten und politisch tätig sind. Im selben Atemzug formulierte der Präsident auch seine Absage an die Straßenproteste: den politischen Dialog werde man nur mit Kräften führen, die sich »zivilisiert« verhalten. Die Führung, das kann man diesen Aussagen entnehmen, wird also innenpolitisch den Kurs beibehalten, und alle Mittel anwenden, um mögliche Oppositionsakteure ins Abseits zu drängen und kalt zu stellen.

Auch wirtschaftspolitisch knüpfte die »Botschaft« an bekannte Konzepte an. Der Präsident forderte, Russland aus der Abhängigkeit von den Rohstoffmärkten herauszulösen, und die Industrie zu restrukturieren: Die Ent-

wicklung neuer Technologie und der Ausbau kleiner und mittlerer Unternehmen als Schlüsselaufgaben der Wirtschaftspolitik – das verspricht wenig Neues. Fortschritte strebt die Führung durch eine Verbesserung des Geschäftsklimas, die Steigerung der Qualität der Führung in den Regionen, eine Reform des Steuersystems, die Dezentralisierung der Wirtschaft, den Ausgleich regionaler Ungleichgewichte und die Bereitstellung von Mitteln für den Rüstungsbereich. Über den Rüstungsbereich soll auch eine Beschleunigung der Hochtechnologieentwicklung erreicht werden. All dies ist wenig originell und verspricht keinen wirklichen Durchbruch in der Wirtschaftsentwicklung.

Allerdings sprach Putin auch die Entwicklungshemmnisse an – niedrige Effizienz des Staatsapparats, Korruption, Mängel der Rechtsprechung – und sicherte Abhilfe zu. Dabei stellte er – wieder ganz im Sinne der geistig-moralischen Wende – die moralische Autorität des Staates heraus als Grundbedingung für die erfolgreiche Entwicklung in Russland. Als Feindbilder erschienen in diesem Kontext Unternehmer und andere Eliten, die sich durch Korruption bereicherten und obendrein mangelnden Patriotismus zeigten, indem sie ihre Vermögenswerte ins Ausland schafften. Putin bat um Unterstützung für den Vorschlag, die Möglichkeiten von Beamten und Politikern zu beschneiden, im Ausland Konten, Wertpapiere und Aktien anzulegen. Er kritisierte auch die Tendenz russischer Unternehmer, ihre Geschäfte *off shore* – d. h. außerhalb der Reichweite russischer Gesetze in Steueroasen – abzuwickeln. Der Präsident kündigte ein System von Maßnahmen zur »*deoffshorisazija*« – zur Beseitigung oder Einschränkung der Möglichkeiten *off shore*-Geschäfte zu machen. Mit dieser Kritik an den Unternehmern und Beamten nahm die »Botschaft« die massive Kritik auf, die in der Öffentlichkeit am Verhalten der Machtelite geübt wird. Die »Macht«, so Putin, dürfe keine isolierte Kaste, sondern müsse transparent und zugänglich sein. Nur dann entstehe die feste moralische Basis für die Behauptung »von Ordnung und Freiheit, Sittlichkeit und Bürgersolidarität, Wahrheit und Ehrlichkeit, für ein national orientiertes Bewusstsein«.

Spiel mit dem Feuer

Putins »Botschaft an die Föderalversammlung« ist ein bemerkenswertes Dokument. Erstmals nimmt ein russischer Präsident das nationale Narrativ auf und macht es zur Grundlage offizieller Politik. Putin bedient bewusst eine konservative Mehrheit, weniger durch die sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die er ankündigt, sondern durch die Ideologie, in die er die gesamte Politik einbindet. Da scheint ein versponnenes, rückwärtsgewandtes, slawophiles Weltbild durch, in dessen

Mittelpunkt ein starkes, auf die eigene Vergangenheit konzentriertes Russland steht und in dem die Außenwelt allenfalls eine negative Rolle spielt. Putins Vorschlag, die Tradition der von Peter I. gegründeten Garderegimenter, des Preobraschenskij- und des Semjonowskij-Regiments, wiederzubeleben, illustriert diesen Zugang. Die Schaffung einer modern ausgerüsteten, schlagkräftigen Berufarmee, die den Konflikten der Zukunft gewachsen ist, wird durch diesen Schritt nicht befördert, doch man bedient nostalgische Erinnerung und beruft sich auf frühere Größe.

Eine solche Politik hofft darauf, dass man über das nationale Narrativ eine Bevölkerungsmehrheit einbinden kann. Allerdings braucht dieses Weltbild auch Feindbilder – die Außenwelt und deren Agenten im eigenen Land. Und hier wird Putins geistig-moralische Wende gefährlich. Denn sie setzt darauf, die Mehrheit durch Ausgrenzung einer Minderheit zu integrieren. Das ist ein Spiel mit dem Feuer, denn damit ist eine Spaltung der Gesellschaft angelegt. Auch für die Machtelite ist diese Politik unbequem. Das nationale Narrativ wendet sich gegen ihr »Geschäftsmodell« – Bereicherung auf Kosten des Staates und der Allgemeinheit. Eine Rückholung russischen Kapitals ins eigene Land – die *deoffshorisazija* – widerspricht den Interessen großer Teile der Eliten. Wenn also das nationale Narrativ Leitlinie praktischer Politik wird, dann stehen Russland massive Konflikte innerhalb der Eliten bevor.

Mag sein, dass das der Grund ist, dass Dmitrij Medwedew, seit September 2011 eigentlich ein politischer Leichnam, wieder in die Öffentlichkeit tritt. In drei großen Interviews – eins mit dem französischen »Figaro« (26.11.2012), ein zweites mit der russischen Tageszeitung »Kommersant« (28.11.2012) und das dritte mit fünf russischen Fernsehsendern (7.12.2012) – folgte er zwar im großen und ganzen der politischen Linie Putins, setzte aber deutlich liberale Akzente und ließ durchscheinen, er könne sich auch eine weitere Amtszeit als Präsident vorstellen. Vor dem Hintergrund von Putins nationalgestimmter Rede, die sich an eine nationalkonservative Bevölkerungsmehrheit wendet, könnte man Medwedews plötzliche politische Auferstehung als abgekartete Sache interpretieren. Der Ministerpräsident wäre dann die Figur in der Führung, die das liberale Spektrum bedient. Das ist allerdings ein gefährliches Spiel. Putin beschwört Geister, die nur schwer wieder loszuwerden sind, und Medwedew besitzt nicht die Statur, um ein politisches Gegengewicht zu bilden.

Informationen über den Autor und Lesetipps auf der nächsten Seite

Über den Autor

Henning Schröder lehrt am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin regionale Politikanalyse mit dem Schwerpunkt Osteuropa.

Lesetipps

Putins »Botschaft an die Föderalversammlung« ist auf der Präsidentenseite in Russisch <http://news.kremlin.ru/transcripts/17118> und Englisch <http://eng.kremlin.ru/transcripts/4739> abrufbar.

STATISTIK

Statistische Aufbereitung der »Botschaft an die Föderalversammlung«

Tabelle 1: Rahmendaten der Präsidentschaftsbotschaften

	Dauer, Minuten	Wörter	Zeichen	Sätze	Rede- geschwindigkeit (Wörter pro Minute)	Applausunter- brechungen
12. Dezember 2012	81	9.159	56.848	594	113	57
22. Dezember 2011	64	6.452	42.975	426	101	35
30. November 2010	72	7.042	45.247	382	98	28
12. November 2009	100	9.548	62.864	613	95	64
1. November 2008	85	8.342	54.772	662	98	56
26. April 2007	72	8.076	52.271	555	112	
10. Mai 2006	62	6.477	41.865	415	104	47
25. April 2005	48	5.220	33.793	344	109	
26. Mai 2004	47	5.207	34.295	404	111	
16. Mai 2003	65	6.005	38.695	488	92	
18. April 2002	51	5.752	36.863	445	113	
3. April 2001	63	6.318	40.567	414	100	
8. Juli 2000	50	5.215	33.793	421	104	

Quelle: Angaben der Tageszeitung »Kommersant« vom 13.12.2012, 13.11.2009, 27.4.2007 und 11.5.2006 <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=762877>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=672333>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2088841> und eigene Auszählung.

Tabelle 2: Häufigkeit von Schlüsselwörter in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2005, 2006, 2007, 2008 und 2009 (Fortsetzung)

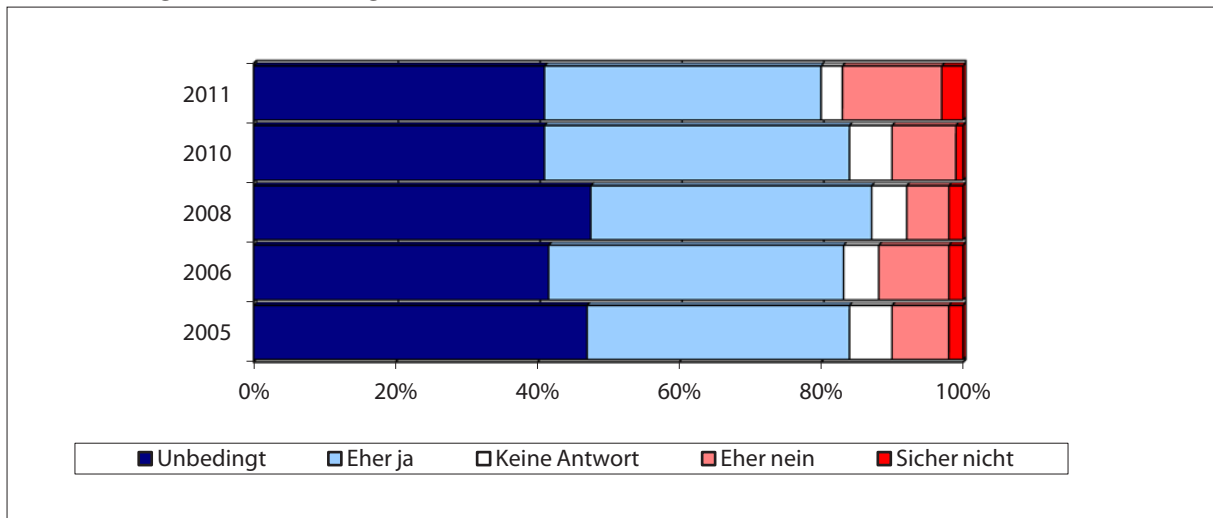
	Medwedew						Putin											
	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Technologie	9	12	16	39	8	18	12	0	1	0,10%	0,19%	0,23%	0,41%	0,10%	0,22%	0,19%	0,00%	0,02%
Innovation	0	3	6	14	6	3	5	0	0	0,00%	0,05%	0,09%	0,15%	0,07%	0,04%	0,08%	0,00%	0,00%
Modernisierung	3	13	24	20	2	7	7	1	8	0,03%	0,20%	0,34%	0,21%	0,02%	0,09%	0,11%	0,02%	0,15%
Bildung	18	8	12	18	14	1	9	5	24	0,19%	0,12%	0,17%	0,19%	0,17%	0,01%	0,14%	0,10%	0,46%
Wissenschaft	11	6	2	11	3	15	5	5	4	0,12%	0,09%	0,03%	0,12%	0,04%	0,19%	0,08%	0,10%	0,08%
Demographie	8	1	4	2	0	1	6	1	1	0,09%	0,02%	0,06%	0,02%	0,00%	0,01%	0,09%	0,02%	0,02%
Gesellschaft	40	19	17	32	23	20	10	40	19	0,43%	0,29%	0,24%	0,34%	0,28%	0,25%	0,15%	0,77%	0,36%
Mensch	11	7	9	10	14	5	6	13	7	0,12%	0,11%	0,13%	0,10%	0,17%	0,06%	0,09%	0,25%	0,13%
sozial	16	12	16	24	17	11	16	9	18	0,17%	0,19%	0,23%	0,25%	0,20%	0,14%	0,25%	0,17%	0,35%
Rente	3	13	5	3	12	27	4	1	1	0,03%	0,20%	0,07%	0,03%	0,14%	0,33%	0,06%	0,02%	0,02%
Wohnen	16	12	12	3	0	15	6	2	15	0,17%	0,19%	0,17%	0,03%	0,00%	0,19%	0,09%	0,04%	0,29%
Wohnung	1	6	0	2	0	2	1	0	3	0,01%	0,09%	0,00%	0,02%	0,00%	0,02%	0,02%	0,00%	0,06%
Familie	8	10	7	4	2	2	13	0	3	0,09%	0,15%	0,10%	0,04%	0,02%	0,02%	0,20%	0,00%	0,06%
Kinder	10	23	39	11	3	0	16	3	4	0,11%	0,36%	0,55%	0,12%	0,04%	0,00%	0,25%	0,06%	0,08%
Kleinkind	7	1	20	1	0	0	17	1	0	0,07%	0,02%	0,28%	0,01%	0,00%	0,00%	0,26%	0,02%	0,00%
Schule	12	9	14	26	18	2	5	1	2	0,13%	0,14%	0,20%	0,27%	0,22%	0,02%	0,08%	0,02%	0,04%
Militär	4	10	4	7	9	15	20	3	10	0,04%	0,15%	0,06%	0,07%	0,11%	0,19%	0,31%	0,06%	0,19%
Armee	2	4	6	0	4	2	17	0	6	0,02%	0,06%	0,09%	0,00%	0,05%	0,02%	0,26%	0,00%	0,12%
Korruption	6	8	3	11	9	1	2	1	1	0,06%	0,12%	0,04%	0,12%	0,11%	0,01%	0,03%	0,02%	0,02%
»Beamte«	6	2	2	1	2	0	2	5	0	0,06%	0,03%	0,03%	0,01%	0,02%	0,00%	0,03%	0,10%	0,00%
Bürokratie	1	2	0	1	3	1	2	5	0	0,01%	0,03%	0,00%	0,01%	0,04%	0,01%	0,03%	0,10%	0,00%

Quelle: Angaben der Tageszeitung »Kommersant« vom 13.12.2012, 13.11.2009, 27.4.2007 und 11.5.2006 <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=62877>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2088841>, 13.12.2012, und eigene Auszählung.

UMFRAGE

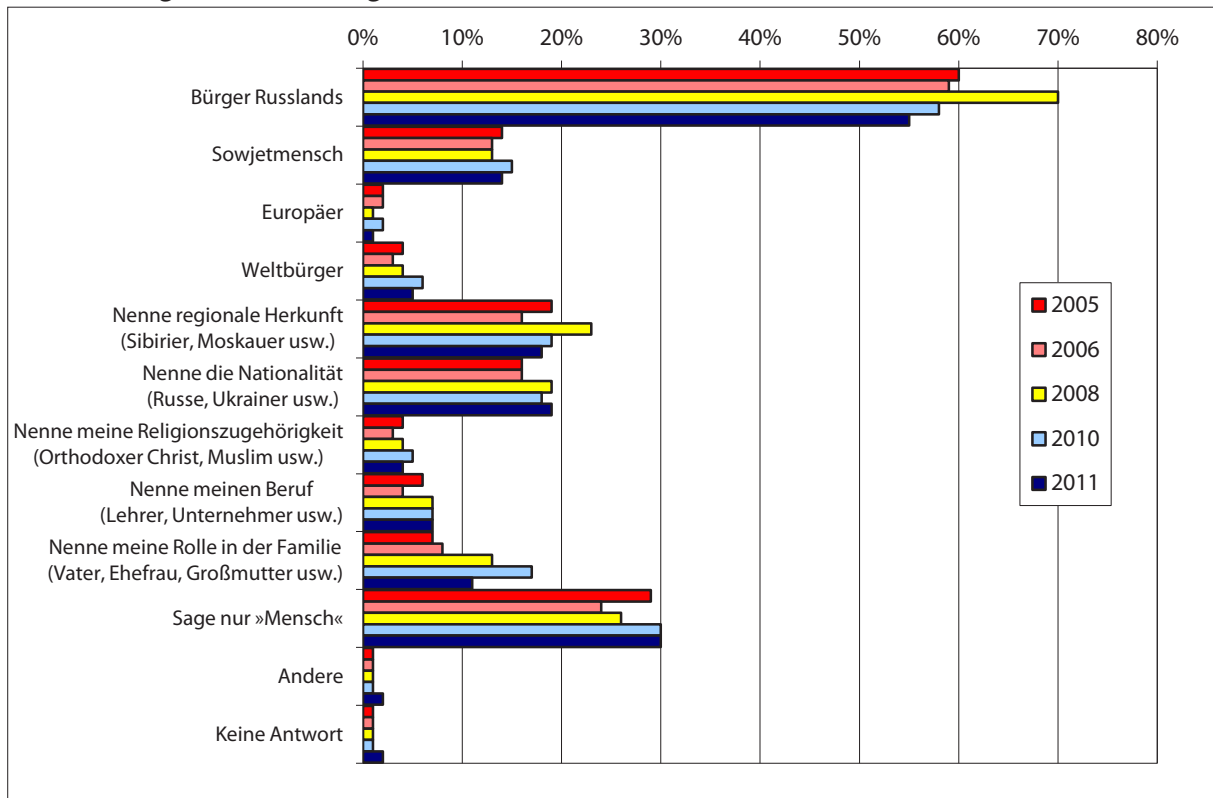
Sind Sie ein Patriot?

Grafik 1: Würden Sie sich selber als Patrioten Ihres Landes bezeichnen?
(geschlossene Frage, eine Antwort)



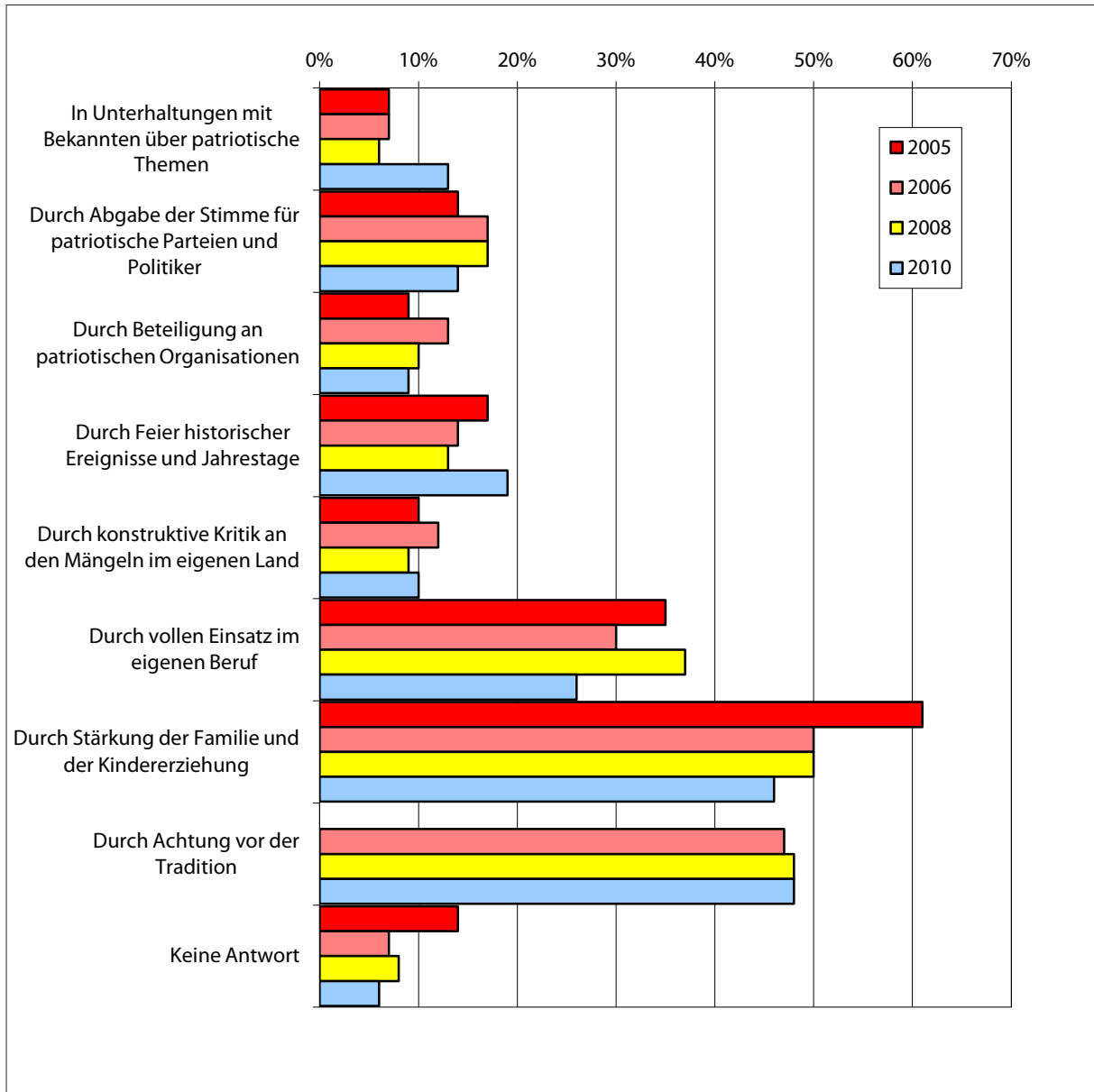
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 12.12.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113466>

Grafik 2: Wie antworten Sie auf die Frage »Wer sind Sie?«?
(geschlossene Frage, nicht mehr als drei Antworten)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 12.12.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113466>

Grafik 3: Wie zeigt sich Ihrer Meinung nach wirklicher Patriotismus?
(geschlossene Frage, nicht mehr als drei Antworten)



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 12.12.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113466>

Auf der Suche nach einer neuen sozialen Basis, oder: Warum die Regierung Russlands ihre Haltung zur Wirtschaft ändert¹

Andrei Yakovlev, Moskau

Zusammenfassung

Die Schaffung und Verteilung der Renten ist in den meisten historisch bekannten Gesellschaften der Schlüsselmechanismus für soziale und politische Stabilität, ohne die eine stabile wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich ist. In Russland verstand die herrschende Elite sehr wohl, dass Erschütterungen wie die Finanzkrise im Herbst 1998 den Bestand der politischen Ordnung bedrohten. Das Bewusstsein für diese Gefahr brachte die verschiedenen Gruppen dazu, neue »Spielregeln« auszuhandeln. Zwischen 1998 und 2003 entstanden die Instrumente für korporatives Handeln, in deren Rahmen Wirtschaft und Staatsmacht erfolgreich nach Lösungen suchen konnten. Das rasche Wachstum seit Beginn der 2000er Jahre führte zu einer stärkeren sozialen Ausdifferenzierung. Zugleich verschob sich das Kräfteverhältnis von Staat und Wirtschaft zugunsten des ersteren – es gab eine eindeutige Dominanz des Staates. Allerdings zeigte die Krise 2008/2009 dass dieses Modell innerlich instabil ist. Von grundsätzlicher Bedeutung für die weitere Entwicklungsbahn der Gesellschaft in Russland ist also die Frage, wie sehr die Staatsmacht – die heute im Wesentlichen durch die obersten Ebenen der Zentralbürokratie, die Silowiki und die größten Unternehmen repräsentiert wird – in der Lage ist, Instrumente für einen Dialog und eine Zusammenarbeit mit breiteren Gruppen in der Elite aufzubauen, die nicht nur die mittleren Unternehmen, sondern auch die regionalen Eliten und die Leiter der großen staatlichen Organisationen und Einrichtungen umfassen.

»Limited access orders«

Die Rentenströme, ihre Höhe und ihre Stabilität sind eine Grundlage der Wirtschaft Russlands, die die Beziehungen innerhalb der Gesellschaft, die Entwicklung der Institutionen und die wirtschaftliche Dynamik (Stagnation oder Wachstum) bestimmen. Wie jedoch die jüngsten Arbeiten von Douglass North, John Wallis, Steven Webb und Barry Weingast zeigen, ist eine solche Situation für die meisten Länder eher die Regel. Laut der von den genannten Autoren formulierten Konzeption der »limited access orders« sind gut funktionierende Märkte und eine entwickelte Demokratie das anzustrebende Ideal. Die absolut meisten modernen Gesellschaften funktionieren allerdings im Rahmen unvollkommener Institutionen. Der Staat verfügt in diesen Gesellschaften nicht über das Monopol auf legitime Gewalt im Sinne Max Webers, sondern stellt eher eine Koalition einflussreicher sozialer Gruppen dar, von denen jede ein eigenes Gewaltpotential hat. Eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen diesen Gruppen würde auf einen zerstörerischen Krieg »jeder gegen jeden hinauslaufen, der die Anreize zu produktiver Tätigkeit abwürgt und den Gesamtumfang der Einnahmen verringert. Daher neigen die Eliten dazu, sich auf eine Einstellung der »Kampfhandlungen« zu eignen. Ein solcher »Nichtangriffspakt« kann jedoch nur dann nachhaltig sein, wenn die Beteiligten (die die »herrschende Koalition« bilden)

eine ausreichende Vergütung für ihren »Gewaltverzicht« erhalten und gleichzeitig in der Lage sind, Verletzungen des geschlossenen Abkommens kollektiv zu unterbinden. Daher ist die Schaffung und Verteilung der Renten in den allermeisten historisch bekannten und gegenwärtigen Gesellschaften der Schlüsselmechanismus für soziale und politische Stabilität, ohne die keine stabile wirtschaftliche Entwicklung möglich ist,

Dieser Ansatz unterscheidet sich sehr deutlich von den Ideen und Prinzipien, auf die sich in den 1990er Jahren die Empfehlungen der Weltbank für aufstrebende und Transformationswirtschaften gründeten. Insbesondere die Programme zur Privatisierung und Deregulierung der Wirtschaft sowie der Liberalisierung des Außenhandels, die die wirtschaftliche Effizienz erhöhen sollten, führten zum Einreißen der Barrieren für unternehmerische Tätigkeit. Mit dem Wegfall der Barrieren erfolgte ein Auswaschen jener Rentenquellen, die die Existenzgrundlage der »herrschenden Koalition« gebildet und die Stabilität der Spielregeln gewährleistet hatten. Hiermit ließe sich der Umstand erklären, dass in vielen Schwellenländern liberale Reformen von steigender Kriminalität, heftigen sozialen Konflikten und Bürgerkriegen begleitet waren. Solche Tendenzen waren auch für viele postsowjetische Länder kennzeichnend.

Reformen und Transformation in Russland

Im Russland der 1990er Jahre waren Privatisierung, die kolossalen Diskrepanzen zwischen den Preisen innerhalb und außerhalb des Landes sowie die externen und

¹ Grundlage dieses Artikels sind die Ergebnisse von Projekten des Programms für Grundlagenforschung der Higher School of Economics in Moskau aus den Jahren 2011 und 2012.

Binnenschulden die Hauptquellen für die Renten. Die zentrale und regionale Bürokratie sowie die Unternehmen der Oligarchen stellten die Hauptakteure. All diese Quellen erwiesen sich jedoch als temporär: In der zweiten Hälfte der 90er Jahre waren die attraktivsten Vermögen bereits privatisiert worden, und bei den externen und Binnenpreisen hatte eine Annäherung eingesetzt, während die Schuldenlast ein kritisches Niveau erreichte. Das Fehlen allgemeingültiger Spielregeln sowie eines Abkommens unter den Eliten über einen Interessenausgleich erzeugten Chaos, führten zu massenhaften Zahlungsrückständen und einer ständigen Umverteilung der Vermögen. Diese »virtuelle Wirtschaft« konnte nicht lange bestehen und kollabierte im August 1998.

Der Crash der kurzfristigen staatlichen Schuldverschreibungen (GKO) und die Rubelabwertung bedeuteten nicht nur ein wirtschaftliches Erdbeben, sie führten zu ernsthaften politischen Veränderungen, als erstmals seit 1991 Vertreter der Kommunistischen Partei in die Regierung berufen wurden. Dmitrij Masljudow, prominentes KPRF-Mitglied wurde in der Regierung Primakow zum stellvertretenden Ministerpräsidenten, zuständig für die Wirtschaftsressorts. Somit war die Krise von 1998 eine Art kalte Dusche für die neue Elite Russlands. Zwar trug die Mittelschicht des Landes den größten Schaden davon, doch verstanden die Angehörigen der Elite, dass sie, falls sich eine solche soziale Erschütterung wiederholen sollte, ihren Status und ihre Vermögen verlieren könnten. Das Bewusstsein für diese Gefahr brachte die verschiedenen Gruppen dazu, neue »Spielregeln« auszuhandeln, die Grundlagen für eine wirtschaftliche Entwicklung schaffen könnten.

Bezeichnend ist das Beispiel der Steuerkomponente der Gref-Reform. Technisch gesehen waren alle Dokumente zur Steuerreform im Frühjahr 2000 im Zentrum für strategische Ausarbeitungen verfasst worden. Doch waren die grundlegenden Abmachungen in Wirklichkeit bei intensiven informellen Verhandlungen ausgehandelt worden, die seit Ende 1998 zwischen den verschiedenen Elitegruppen bei verschiedenen Foren stattfanden, unter anderem beim Rat für Außen- und Verteidigungspolitik und dem Klub-2015. Ergebnis dieser Verhandlungen war die Erkenntnis, dass die Wirtschaft nicht ohne Staat bestehen und der Staat nicht ohne Steuern funktionieren kann.

Die Wirtschaft war jedoch nicht in der Lage, Steuern nach den irrationalen Vorschriften zu zahlen, die in den 90er Jahren eingeführt wurden. Es hätte nicht gereicht, lediglich die Steuervorschriften in Einklang mit dem gesunden Menschenverstand zu bringen. Im Gegenzug für das Zahlen von Steuern wollte die Wirtschaftselite, dass im Staatsapparat für Ordnung gesorgt wird und Gesetzestreue sowie Investitionen in die Infrastruktur

und den Sozialbereich gewährleistet sind. Die jeweilige Zustimmung der Eliten von Bürokratie und Wirtschaft zu diesen Bedingungen wurde zur Voraussetzung für die schnelle Umsetzung einer radikalen Steuerreform, einer anschließenden Legalisierung der Unternehmen und einem drastischen Anstieg der Steuereinnahmen. Die Kombination dieser Faktoren war in Vielem die Grundlage für die erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung Anfang der 2000er Jahre.

Die Abmachungen über neue Spielregeln wurden möglich, weil die Krise von 1998, die die alten Rentenquellen zerstört hatte (die auf der Pyramide der staatlichen Schuldverschreibungen, dem Spiel mit dem Wechselkurs und gegenseitigen Verrechnungen beruhten), gleichzeitig neue potentielle Rentenquellen hervorbrachte, die auf wirtschaftlichem Wachstum gründeten. Insbesondere nach der Abwertung des Rubel und dem Verschwinden der »Schuldverschreibungspumpe« stellte sich heraus, dass die privatisierten Unternehmen nicht nur eine Quelle zum Abschöpfen flüssiger Mittel sind, sondern auch durch ihre Haupttätigkeit Erträge bringen können. Diese Einsicht löste einerseits eine Welle von Vermögensumverteilungen (unter manipulativem Einsatz des Gesetzes über den Bankrott und der Gesetzgebung über Aktiengesellschaften). Gleichzeitig bedeutete die veränderte Lage außerhalb Russlands einen Anreiz für Investitionen in die Produktion und für ein Abkommen über neue Spielregeln.

Ansätze zu korporativem Handeln

Die Jahre 1993 bis 2003 sind dadurch interessant, dass in diesem Jahrzehnt Instrumente für ein korporatives Handeln der Wirtschaft gegenüber der Staatsmacht entstanden und sich zu eigenständigen Institutionen wandelten. So wurde im Rahmen einer Reform des »Russischen Industriellen- und Unternehmerverbandes« (RSPP) ein Vorstandsbüro eingerichtet, in das eigens alle Oligarchen berufen wurden. Diese trafen sich in der Folge zweimal jährlich offiziell mit dem ersten Mann im Staate und besprachen die Entwicklung. Diese Treffen haben der Großwirtschaft und der Hochbürokratie objektiv dabei geholfen, das Vorgehen der jeweils anderen besser zu verstehen und gleichzeitig die Unklarheit in der Wirtschaftspolitik zu verringern. Gleichzeitig wurden zur Wahrnehmung der Interessen der kleinen Unternehmen der Verband »OPORA Rossii« gegründet und der Verband »Delowaja Rossija« für die mittleren.

Bei allen positiven Veränderungen hinsichtlich der Beziehungen zwischen Unternehmen und Staatsmacht, die Anfang der 2000er Jahre stattfanden, gab es jedoch weiterhin »Grauzonen«. Eine von ihnen betraf die Eigentumsverhältnisse. Das bekannte Schaschlik-Treffen zwischen Putin und den Oligarchen im Som-

mer 2000 brachte den Abschluss eines informellen Vertrags, dem zu Folge die Großunternehmer sich nicht in die Politik einmischen, und der Staat den Ausgang der Privatisierung nicht revidieren werde. Im Unterschied zu den Steuerdiskussionen, die in eine Steuerreform mündeten, blieb dieses Abkommen durch und durch informell. Die Oligarchen verstanden dabei unter Eigentums Garantien das Recht, die Erträge aus ihrem Vermögen in vollem Umfang zu erhalten, während die Angehörigen der Bürokratieelite andere Vorstellungen hatten. Auf Grund dieser Unbestimmtheit kam es zu einer Revision des Abkommens, als die steigenden Ölpreise auf dem Weltmarkt eine beträchtliche neue Rentenquelle entstehen ließen.

Das rapide Wirtschaftswachstum in Russland Anfang der 2000er Jahre führte zu einer verstärkten sozialen Ausdifferenzierung. Durch die relativ liberale Wirtschaftspolitik wuchs die Kluft zwischen den wohlhabenden und armen Regionen, zwischen den unterschiedlichen Branchen und sozialen Gruppen. Der Elite der Zentralbürokratie erschien eine solche Tendenz gefährlich, da die Gewährleistung sozialer Stabilität als eine der Grundlagen des entstandenen politischen Regimes galt.

In der Folge benötigte der Staat zusätzliche Ressourcen um eine Verschärfung der sozialen Stratifizierung zu verringern. Renten aus natürlichen Rohstoffen wurden als Hauptquelle dieser Ressourcen betrachtet und der Staat versuchte, durch die Einführung von Steuern auf die Gewinnung von Bodenschätzen die Einnahmen aus dem Ölexport zu seinen Gunsten neu zu verteilen. Die Wirtschaft widersetzte sich dieser Politik, weil sie dies als Anschlag auf ihre Einnahmen auffasste. Der Widerstand der Wirtschaft (der am deutlichsten von JUKOS, dem größten Ölonternehmen erfolgte) zeigte sich in der Blockierung einer Reihe von Gesetzesvorlagen der Regierung durch »freundlich gesonnene« Duma-Abgeordnete und durch eine finanzielle Unterstützung für die Oppositionsparteien u. a. die KPRF und Jabloko.

Das Kräfteverhältnis zwischen Staat und Wirtschaft hatte sich zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits verschoben. Gestützt auf die Silowiki-Strukturen in der aufgebauten »Vertikale der Macht« erreichten die Angehörigen der Bürokratieelite praktisch eine Verstaatlichung von JUKOS, während sie die früheren Besitzer ins Gefängnis schickten. Und wie die Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2003 und 2004 zeigten, wurde diese selektive Umsetzung des Rechts gegen den JUKOS-Konzern in der Gesellschaft unterstützt. Dies geschah wohl auch aus der Wahrnehmung heraus, dass die Ergebnisse der Privatisierung ungerecht waren, einer Wahrnehmung, die in breiten Bevölkerungsschichten anzutreffen war. Zudem hatten die Großunternehmer

das Problem der gesellschaftlichen Anerkennung der neuen Vermögensrechte ganz offen ignoriert.

Der »Fall JUKOS« führte dann zu jenem Beziehungsmodell zwischen Staat und Wirtschaft, das sich Anfang 2000er Jahre herauszubilden begann, und das sich darauf gründete, dass die durch das schnelle Wirtschaftswachstum in verschiedenen Branchen erzeugte Rente unter den Eliten verteilt wird. Mit dem Jahr 2004 setzte eine neue Phase ein, als durch die hohen Ölpreise auf dem Weltmarkt, die Öl- und Gaseinnahmen zur neuen Rentenquelle wurden. Der relativ gleichberechtigte Dialog zwischen Staat und Wirtschaft, wie er Anfang der 2000er Jahre bestanden hatte, wurde durch eine eindeutige Dominanz des Staates abgelöst. Die Großunternehmer wurden zu einem dem Staat unterstellten »Juniorpartner«, während die Spitzenebenen der Zentralbürokratie und die Silowiki zu den Schlüsselakteuren wurden.

Die Krise von 2008/2009 und ihre Folgen

Das Modell eines dominierenden Staates stieß bei vielen liberal gesinnten Experten und Unternehmern auf Missfallen. Anfang und Mitte der 2000er Jahre waren »Wort« und »Tat« jedoch im Einklang, da die Regierung bestimmte Ziele verkündete und sie dann auch in der Praxis umsetzte. Hierdurch entstand der Eindruck einer konsequenten und berechenbaren Politik, was zu positiven Erwartungen in Bezug auf die langfristige und politische Stabilität beitrug und 2006 und 2007 zu einem intensiveren Zustrom von Investitionen nach Russland führte. Angehörige der Mittelschicht, die mit der Lage im Land nicht zufrieden waren, sahen dabei wegen der Nachfrage nach Fachkräften, die wegen der guten Konjunktur in anderen Ländern bestand, die Möglichkeit zu Auswanderung aus Russland. Durch die Migration konnte das Land »Dampf ablassen«.

Die Krise von 2008/2009 hat deutlich gemacht, dass das Modell des Staatskapitalismus in Russland, das nach dem »Fall JUKOS« entstanden war, innerlich instabil ist. Ein ernstzunehmender Konstruktionsfehler dieses Modells liegt in einer Asymmetrie bei der Weitergabe von Informationen und Signalen, die allen großen hierarchischen Systemen eigen ist: Die unteren Verwaltungsebenen berichteten gern über Erfolge, zögerten jedoch, Probleme und Misserfolge in ihrem Zuständigkeitsbereich nach oben zu melden. In der Folge verkündeten die führenden Vertreter der Regierung Ende 2008, noch bis in den Dezember hinein auf den zentralen Fernsehkanälen, dass es in Russland lediglich einige Probleme auf dem Wertpapiermarkt und im Bankensystem gebe, die durch den Bankrott amerikanischer Firmen und Finanzinstitute verursacht worden seien. Tatsächlich jedoch hatten die großen Unternehmen der metallherstellenden und chemischen Industrie

bereits im Sommer 2008 mit einem heftigen Nachfrage- und Preisrückgang auf den Weltmärkten zu kämpfen und mussten bereits im August und September Arbeiter in den Zwangsurlaub schicken. In dieser Situation wurde den Unternehmensbesitzern und Topmanagern klar, dass die Staatsmacht zumindest nicht in vollem Umfang darüber informiert ist, was in der Realwirtschaft vor sich geht. In der Folge hat die nervöse Reaktion der Regierung den Eindruck einer verfehlten Wirtschaftspolitik nur verstärkt.

Daher zogen es viele Firmenbesitzer ganz rational vor, ihr liquides Vermögen aus dem Umlauf zu nehmen und abzuwarten, bis die Politik der Regierung einigermaßen erkennbar ist. In der Folge stürzte die russische Wirtschaft 2009 um 8 % ab, was im absoluten Widerspruch zu den laufenden makroökonomischen Kennziffern stand: Im Unterschied zu Mexiko oder den Ländern Osteuropas hatte Russland keine Außenverschuldung, kein heftiges Haushaltsdefizit und keine hohe Inflation aufgewiesen. Es hatte schlichtweg der Faktor »Unbestimmtheit und negative Erwartungen« gewirkt. Diese waren durch das Vorgehen der Regierung selbst erzeugt worden.

Dieser Einbruch der Erwartungen erfolgte nicht nur unter den Marktakteuren, sondern auch im Staatsapparat. In den »fetten Jahren« hatten die Vertreter der Bürokratie nicht nur im staatlichen Sektor die Kontrolle über die Geldflüsse gewonnen, sondern auch in der Wirtschaft. Vor der Krise hatten sie erwartet, die auf viele Jahre Dividenden aus dieser Kontrolle zu erhalten, was in der damaligen Phase die Korruptionslast für die Wirtschaft in einem gewissen Maße verringerte. Wegen der stark steigenden Unsicherheit waren sie nun überzeugt, dass es sicherer wäre, alles hier und jetzt zu bekommen. Dies führte zu einem Anwachsen der Korruption und steigendem Druck auf die Wirtschaft durch die Silowiki – worauf die Unternehmer mit einem massiven Abzug des Kapitals aus Russland reagierten.

Schließlich führte die Krise auch zu einem Stimmungswandel in der Gesellschaft. Gut ausgebildete Fachkräfte aus der Mittelschicht des Landes, die mit einem Leben unter der »gelenkten Demokratie« nicht zufrieden waren und früher eine Emigration in Erwägung ziehen konnten, sahen nun, dass wegen der globalen Krise die Nachfrage nach ihnen zurückgegangen war. Das bedeutete, dass ihnen und ihren Kindern ein Leben in Russland bevorstand. In diesem Sinne können die Massenproteste Ende 2011 auch als Folge der Krise verstanden werden, sie waren ein Aufbrechen der angestauten sozialen Spannungen, die zuvor nach außen abgeleitet wurden.

Neue Tendenzen

Ungeachtet aller obigen Feststellungen gibt es einige Gründe zum Optimismus. Die von Präsident Medwe-

dew vorgelegten Thesen zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie eine Reihe ernstzunehmender Reformen, die von 2004 bis 2008 eingeleitet wurden (u. a. die Reform der staatlichen Anschaffungen 2005/06 und die Offenlegung der Einkommen von Staatsbediensteten) zeigten davon, dass die Staatsmacht die Notwendigkeit von Veränderungen erkannt hatte. Da es jedoch keinen ausreichenden Druck von außen oder unten (also den Nicht-Eliten) gab, war die »herrschende Koalition« nicht bereit, sich auf eine Änderung der Spielregeln oder eine Selbstbeschränkung der Elite einzulassen.

Die Krise von 2008/09 und der anschließende Umschwung der Weltkonjunktur haben zu einem wesentlich höheren Druck auf das Regime geführt. Dieser Druck hatte zuerst von außen eingesetzt, und zwar wegen des Rückgangs der zu verteilenden Rente aus Rohstoffeinnahmen und der intensiven Kapitalflucht in Länder mit günstigerem Investitionsklima. Doch dann wurde der Druck auch von innen stärker, wegen des Einbrechens der Erwartungen und einer Spaltung innerhalb der Eliten sowie einem Stimmungsumschwung in der Gesellschaft. Das Regime begriff, dass auf die Bürokratie, also die »Vertikale der Macht« als soziale Basis für das Regime zu setzen, sich nicht bewährt hatte. In der Krise war klar geworden, dass die bürokratische Vertikale, einschließlich des Systems der Sicherheits- und Justizbehörden, die in den 2000er Jahren aufgebaut worden war, ein Eigenleben führt, losgelöst von den Interessen der Gesellschaft und dem Willen der Vorgesetzten.

So sah sich die Staatsmacht in der Nachkrisenzeit genötigt, als Reaktion auf den Druck von außen, innen und unten erhebliche Änderungen in der Politik vorzunehmen. Es reifte die Einsicht, dass zur Wahrung der sozialen Stabilität, die eine Schlüsselvoraussetzung für ein Funktionieren des Regimes darstellt, wirtschaftliches Wachstum vonnöten ist. Vor dem Hintergrund der instabilen Außenkonjunktur ist eine Aufrechterhaltung der hohen Wachstumsraten aber nur bei einer drastischen Verbesserung des Geschäftsklimas in Russland möglich. Der Umschwung der Staatsmacht hin zu einem Dialog mit der Wirtschaft und die Einrichtung von Rückkoppelungsinstrumenten mit der Unternehmer-Community war genau hierdurch vorbestimmt. Das Regime setzt dabei den Akzent auf die mittleren Unternehmen, die über das größte Potenzial für ein Wirtschaftswachstum verfügen.

Als erstes Zeichen für eine Wende Richtung Dialog mit den mittleren Unternehmen kann das Treffen von Putin und Medwedew mit Vertretern des Verbandes »Delowaja Rossija« im Herbst 2010 gesehen werden. Im Sommer 2011 dann wurde die Agentur für strategische Initiativen (ASI) gegründet. Deren Aufgabe besteht in

dem Aufspüren von Problemen, die einer Entwicklung der Firmen im Wege stehen, sowie darin, gemeinsam mit den Unternehmen und den Fachressorts nach Lösungen für diese Probleme zu suchen. Ein anderes Programm der ASI war bei den Wahlkampfauftritten Putins im Februar 2012 und dessen nachfolgenden Erlassen vorgegeben worden. Diese hatten Maßnahmen vorgesehen, die Russland im Doing Business Index der Weltbank vom 120. auf den zwanzigsten Platz aufrücken lassen sollten. Darüber hinaus sollte auch die Bewertung der Arbeit der Gouverneure, der föderalen Ministerien usw. geändert werden

Gegenwärtig lässt sich nicht behaupten, dass all diese Maßnahmen zu einer realen Verbesserung des Geschäftsklimas geführt hätten. Die Experten der ASI heben hervor, dass viele Gouverneure und föderale Ministerien nur eine höchst formale Reaktion auf die Direktiven aus dem Zentrum zeigen, ohne eine reale Veränderung im praktischen Umgang mit der Wirtschaft vorzunehmen. Es kann konstatiert werden, dass das zentrale Problem des Regimes, wie auch des ganzen Landes, in einer Effizienzsteigerung der staatlichen Verwaltung besteht. Mit dem Ziel, dass der Staatsap-

parat im Interesse der Gesellschaft arbeitet und auf die Signale der obersten Ebenen reagiert. Dies kann nicht allein mit Befehlen von oben erreicht werden, insbesondere dann nicht, wenn es eine Spaltung innerhalb der Eliten gibt. Von grundsätzlicher Bedeutung für die weitere Entwicklungsbahn der Gesellschaft in Russland ist also die Frage, wie sehr die Staatsmacht – die heute im Wesentlichen durch die obersten Ebenen der Zentralbürokratie, die Silowiki und die größten Unternehmen repräsentiert wird – in der Lage ist, Instrumente für einen Dialog und eine Zusammenarbeit mit breiteren Gruppen in der Elite aufzubauen, die nicht nur die mittleren Unternehmen, sondern auch die regionalen Eliten und die Leiter der großen staatlichen Organisationen und Einrichtungen umfassen.

Nach der Konzeption von North, Wallis, Webb und Weingast würde das Einleiten eines solchen Dialoges eine Erweiterung des Zugangs zu den Entscheidungsmechanismen bedeuten und Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung schaffen. Die Frage ist, wie sehr die regierende Elite in Russland hierzu bereit ist.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über den Autor

Professor Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts zur Analyse von Unternehmen und Märkten an der National Research University – Higher School of Economics, Moskau.

Lesetipps

- North, Douglass, John Wallis, Steven Webb, Barry Weingast, *Limited Access Orders in the Developing World: A New Approach to the Problems of Development* (= World Bank Policy Research Working Paper No.4359), Washington DC: World Bank, September 2007;
- North, Douglass, John Joseph Wallis, Barry R. Weingast, *Violence and Social Orders: A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History*, New York, NY: Cambridge University Press, 2009
- North, Douglass, John Joseph Wallis, Stephen Webb and Barry R. Weingast (Hrsg.), *The Shadow of Violence. The Problem of Development in Limited Access Societies*, New York, NY: Cambridge University Press, 2012

DISKUSSION

Förderung der Demokratie statt oberlehrerhafte Außenpolitik

Karsten D. Voigt, Berlin

Zusammenfassung

Ziel deutscher Außenpolitik sollte es sein, die Staaten Osteuropas in die Gemeinschaft derjenigen Länder einzubeziehen, die durch gemeinsame demokratische Werte miteinander verbunden sind. Es gibt kein historisches Gesetz, das besagen würde, Demokratie habe bei den östlichen Nachbarn der EU auf Dauer keine Chance. Allerdings ist dies ein langwieriger und schwieriger Prozess. Belarus hat sich in den letzten Jahren negativ entwickelt, doch man sollte das Land nicht aufgeben. In Russland ist die Situation bei weitem

nicht so problematisch wie in Belarus, auch wenn sich dort eine autoritäre Stabilisierung abzeichnet. Spielräume für eine Zusammenarbeit sind enger geworden, doch sollte man die vorhandenen Möglichkeiten nutzen. In der Ukraine ist der politische Pluralismus unvollkommen und immer wieder bedroht, dennoch sollte die EU auf Zusammenarbeit setzen.

In allen diesen Fällen hilft Besserwisserei nicht. Wer ein Volk der guten Nachbarschaft und von Freunden und wohlwollenden Partnern umgeben sein will, muss in Europa primär durch Vorbild, Zusammenarbeit und Hilfe Einfluss ausüben.

Besserwisserei und Außenpolitik

Deutsche Außenpolitik sollte wertorientiert und interessengeleitet sein. Dazu gehört, im Innern und nach Außen für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einzutreten und Nachbarn und Partnern die Zusammenarbeit bei der Verwirklichung dieser Ziele anzubieten: Dies war früher ein parteiübergreifender Konsens. In den letzten Jahren aber scheinen sich die Akzente verschoben zu haben: Statt sich der Mühsal der Definition gemeinsamer Reformvorhaben zu unterziehen, werden in der deutschen Außen- und Europapolitik nicht nur gegenüber unseren Nachbarn im Osten, sondern auch gegenüber unseren Partnern im Süden und Westen oberlehrerhafte Töne häufiger. Sie werden von unseren Nachbarn nicht als Beweis der Wertorientierung deutscher Außenpolitik, sondern als Ausdruck einer zunehmenden deutschen Arroganz wahrgenommen.

Besserwisserische Töne führen dazu, dass sich die Ohren gegenüber deutschen Reformvorschlägen verschließen. Besserwisserei verringert die Wahrscheinlichkeit, dass deutsche Vorschläge akzeptiert werden. Besserwisserei schadet deutschen Interessen. Aufgrund unserer eigenen Geschichte sollten wir wissen, dass der Weg zu einer stabilen Demokratie lang, mühselig und von Widersprüchen und Rückschlägen nicht frei ist. Dies gilt auch für Russland und die Ukraine.

Nach dem Fall der Mauer – für eine »Verwestlichung des Ostens«

Ich erinnere mich sehr genau an die Spekulationen über die künftigen Entwicklungen bei unseren östlichen Nachbarn unmittelbar nach dem Zerfall der Sowjetunion. Meine wissenschaftlichen Berater und ich fassten damals unsere Überlegungen in verschiedenen Szenarien für Entwicklungen im postsowjetischen Raum zusammen. Vergleiche ich die damaligen Szenarien mit der heutigen Wirklichkeit, so sind die Worst-Case-Szenarien nicht eingetroffen. Aber auch die optimistischen Annahmen haben sich als unrealistisch herausgestellt. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit bei unseren Nachbarn östlich der Grenzen der Europäischen Union und der NATO sehe ich viel Grau, wenig Weiß und häufiger, jedoch keineswegs vorherrschend, schwarz. Bestätigt hat sich unsere damalige Annahme, dass die Entwick-

lung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, die Entwicklung stabiler Demokratien und einer euro-atlantischen Sicherheitspartnerschaft keine Aufgabe von Jahren, sondern von Jahrzehnten sein würde.

Mit dem Fall der Mauer hatte die Entspannungspolitik ihr Ziel erreicht. Damals habe ich – im Jahre 1991 – geschrieben, dass es jetzt die Aufgabe deutscher Politik sein müsse, zur »Verwestlichung des Ostens« beizutragen (Dabei verstand ich den »Westen« im Sinne von Heinrich August Winkler nicht als geografischen und auch nicht als sicherheitspolitischen Begriff, sondern als Gemeinschaft derjenigen Staaten, die durch gemeinsame demokratische Werte miteinander verbunden sind). Mit dem Ziel der »Verwestlichung des Ostens« widersprach ich denjenigen, die damals – so auch viele Bürgerrechtler in der ehemaligen DDR – glaubten, dass nach dem Ende des Kalten Krieges eine Chance bestand, in den ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes eine bessere Gesellschaft zu entwickeln als diejenige, die es in der Bundesrepublik bereits gab. Angesichts der Belastungen der Wirtschaft und der politischen Kultur durch das sowjetische Erbe, würden Lebensbedingungen wie in der Bundesrepublik Deutschland für alle ost- und ostmitteleuropäischen Staaten einen großen Schritt nach vorn bedeuten.

Demokratie – ein Ziel auf lange Sicht

Die Aufgabe, die Staaten Mittel- und Osteuropas an die politische Kultur und den Lebensstandard Westeuropas heranzuführen, ist noch lange nicht erledigt. Die Zielsetzung bleibt aber richtig: Ich kenne kein historisches Gesetz, das besagen würde, Demokratie habe bei den östlichen Nachbarn der EU auch auf Dauer keine Chance. Die Behauptung, dass Russen sich auch auf Dauer aufgrund ihrer Geschichte und ihres Wesens für eine autoritäre Politik und eine korrupte Wirtschaft entscheiden würden, ist nicht Ergebnis von Analysen, sondern von Vorurteilen. Dieses Vorurteil ist ebenso abwegig, wie kurzfristige Erfolgserwartungen unrealistisch sind. Veränderungen der politischen Kultur eines Landes brauchen selbst unter optimalen Voraussetzungen viel Zeit: Deutschland hatte im 19. und 20. Jahrhundert bereits rechtstaatliche und demokratische Erfahrungen sammeln können. Trotzdem vergingen nach dem Ende des Nationalsozialismus Jahrzehnte, bevor sich die heute

stabile demokratische Kultur entwickelte. Es wäre völlig falsch, sich jetzt nörgelnd von den östlichen Nachbarn der EU abzuwenden und sich stattdessen – wie ich fürchte, erneut mit zu kurzfristigen Erfolgserwartungen – den demokratischen Entwicklungen bei den südlichen Nachbarn der EU, in der arabischen Welt zuzuwenden.

Belarus nicht aufgeben

Im Gegensatz zu den Erwartungen vieler Analytiker Anfang der 1990er ist Belarus auch zwanzig Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion noch immer ein formal selbständiger Staat. Aber in Belarus hat sich bisher keine wettbewerbsfähige Wirtschaft entwickelt. Von Rechtsstaatlichkeit, eine Respektierung der Menschenrechte und Fortschritten bei der Demokratisierung kann keine Rede sein. Im Gegenteil! Weder das Angebot der Kooperation, noch Sanktionen haben hier grundlegende Änderungen bewirkt. Zurzeit bleibt wenig mehr, als im Rahmen von sehr begrenzten Möglichkeiten mit den dortigen Vertretern einer demokratischen Zivilgesellschaft zusammen zu arbeiten. Die Hoffnung auf grundlegende Änderungen im Inneren von Belarus sollte nicht aufgegeben werden. Grundlegende Änderungen in Belarus können nicht von Außen herbeigeführt werden. In geringem Maße können wir zu demokratischen Reformen in Belarus beitragen, weil es dort innerhalb des Landes Partner gibt, die diese Zusammenarbeit als Hilfe bei der Verwirklichung ihrer Reformziele ansehen.

Russland – schwierige Annäherung

In Russland ist die Lage nicht gut, jedoch wesentlich besser als in Belarus. Die russische Wirtschaft hat sich stabilisiert. Sie entwickelt sich aufgrund ausstehender Reformen immer noch weit unterhalb ihrer Möglichkeiten. Im Bereich der Wirtschaft ist die russische Führung an einer engen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten interessiert. In diesem Bereich strebt sie Reformen und wohl auch an ein Mehr an Rechtsstaatlichkeit an. Es gibt keinen Grund, wegen der Defizite in anderen Bereichen die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich nicht weiter auszubauen. Es entspricht deutschen Interessen, Russland durch Handel, Investitionen, transnationale Infrastrukturprojekte, einen intensiven kulturellen Austausch und sicherheits- und abrüstungspolitische Vereinbarungen möglichst eng mit den Mitgliedstaaten der EU und der NATO zu verbinden. Ich halte es aber für eine Illusion zu glauben, dass der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit quasi automatisch einen Trend zur Demokratisierung fördern würde. Auch zweifle ich daran, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit als Druckmittel zur Verbesserung der Menschenrechte eingesetzt werden kann oder sollte.

Die pessimistischen Szenarien, in denen Anfang der 1990er Jahre ein Zerfall Russlands befürchtet wurde, sind glücklicherweise nicht eingetroffen. Die Konflikte im Nordkaukasus sind besorgniserregend. Wie die russische Führung mit diesen Konflikten umgeht, ist zum Teil empörend. Aber diese Konflikte sind regional begrenzt und bedrohen den Zusammenhalt Russlands insgesamt nicht. Im Südkaukasus hatte Georgien mit den Kampfhandlungen begonnen. Aber die Politik Russlands vor und erst recht nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen, einschließlich der Anerkennung von Südossetien und Abchasien als unabhängige Staaten, war inakzeptabel. Andererseits hat Russland, anders als es viele Beobachter vor zwanzig Jahren befürchteten, keine militärischen Zwischenfälle mit den baltischen Staaten provoziert. Russland hat, wenn es – wie bei Afghanistan – seinen Interessen entsprach, mit der NATO zusammen gearbeitet. Eine euro-atlantische Sicherheitspartnerschaft hat sich aus diesen sehr begrenzten Bereichen der Kooperation bisher nicht entwickelt. Die Bereiche der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit werden voraussichtlich auch in den nächsten Jahren nur schrittweise erweitert werden können. Trotzdem sollte sich die deutsche Politik noch mehr als bisher für solche potentiellen Bausteine einer künftigen euro-atlantischen Partnerschaft engagieren.

Die russische Führung treibt eine Politik der autoritären Stabilisierung. Manche Analytiker hatten Anfang der 1990er Jahre sogar befürchtet, dass in Moskau ein Putsch durch neo-sowjetische Kräfte erfolgreich sein könnte. Angesichts der gegenwärtigen Politik sind die Spielräume, durch Zusammenarbeit mit der Regierung in Moskau die Demokratisierung zu fördern, enger geworden. Solange die russische Führung Angebote zur Hilfe bei der Demokratisierung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurückweist und nicht als Beitrag zur demokratischen Modernisierung begrüßt, wird sich hieran grundsätzlich nichts ändern. Das sollte nicht daran hindern, jeden noch so geringen Spielraum zu nutzen. In diesem Kontext gibt es eine legitime Diskussion darüber, welche Form der Kritik am Verhalten der russischen Führung der Erweiterung der Spielräume dient und welche nicht.

Die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften und Initiativen in der russischen Gesellschaft ist ein Hoffnungsschimmer: Sie sind ein Hinweis darauf, dass es trotz aller Rückschläge weiterhin langfristig eine Chance zu einer demokratischen Entwicklung in Russland gibt: Nicht weil wir diese Entwicklung wünschen, sondern weil es eine große Zahl von Russen gibt, die dieses Ziel mit uns teilen und die deshalb die Zusammenarbeit mit Partnern im Westen suchen. Es wäre aber völlig unrealistisch zu glauben, man könne

gleichzeitig den Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Initiativen ausbauen und den mit der Regierung einschränken.

Die Ukraine stabilisieren

Als die Ukraine, der flächenmäßig neben Russland zweitgrößte Staat Europas, unabhängig wurde, befürchteten viele Analytiker einen baldigen, möglicherweise sogar gewaltsamen Zerfall des Landes in einen westlich orientierten und einen auf Russland orientierten Teil. Außerdem wurden von vielen sich zuspitzende Konflikte um die Krim und deren künftigen Status erwartet. Dass Szenarien dieser Art nicht Wirklichkeit wurden, ist ein für die europäische Sicherheit außerordentlich erfreuliches »Nicht-Ereignis«. Die in der Ostukraine dominierenden Kräfte scheinen heute überwiegend an einer engeren Zusammenarbeit mit Moskau, keinesfalls aber an einer Preisgabe der Unabhängigkeit und Souveränität des Landes interessiert.

Der bereits ausgehandelte Assoziationsvertrag der Ukraine mit der EU würde deren Unabhängigkeit stabilisieren und die Wahrscheinlichkeit von Reformen im Inneren vergrößern. Dies läge nicht nur im Interesse der Ukraine, sondern auch der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Es war deshalb im Rahmen einer rationalen politischen Strategie völlig unlogisch, mit der Nichtunterzeichnung des Assoziationsabkommens zu drohen, da die Umsetzung dieser Drohung den eigenen Interessen und Zielen schadet. Im Falle der Ukraine sollte das Angebot der EU zur engeren Zusammenarbeit nicht Belohnung für gutes Verhalten, sondern ein institutioneller Bezugspunkt für innenpolitische Reformen sein. Angesichts der innen- und außenpolitischen Lage der Ukraine ist es offensichtlich, dass die europäische Orientierung der Ukraine eine unabdingbare Voraussetzung für einen langfristig angelegten Reformprozess darstellt. Ich hoffe, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten bald einen Weg aus der Sackgasse finden, in die sie sich selber bugsieren haben. Es sollte zu denken geben, dass insbesondere einige der unmittelbaren westlichen Nachbarn der Ukraine für eine Unterzeichnung des Assoziationsabkommens eintreten. Dies schürt den Verdacht, dass bei einigen Mitgliedstaaten der EU die ablehnende Haltung weniger Ausdruck einer demokratischen Prinzipientreue als Ausdruck eines Desinteresses an einer engeren Verbindung der Ukraine mit der EU oder sogar Ausdruck eines Desinteresses an der inneren Entwicklung in diesem Land sein könnte.

Als die Ukraine unabhängig wurde, schien die demokratische Kultur in Kiew weniger entwickelt zu sein als in Moskau oder Leningrad. In der Ukraine besteht auch heute keine stabile Demokratie. Aber Russland wird wesentlich mehr als die Ukraine von einer Politik der autoritären Stabilisierung geprägt. Der politische Plu-

ralismus in Gesellschaft und im Parlament ist in der Ukraine unvollkommen und immer wieder bedroht, jedoch wesentlich ausgeprägter als in Russland. Die großen Unterschiede zwischen der politischen Kultur der Ost- und der Westukraine sind einer der Gründe dafür, dass es schwer ist, einen breiten, parteiübergreifenden Konsens bei der Umsetzung einer Reformagenda zu finden. Zugleich aber erhöhen diese Gegensätze die Chancen für den Erhalt eines politischen Pluralismus in der Ukraine.

Die Mehrheit der ukrainischen Politiker strebt eine wesentlich engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union an als meisten russischen Politiker. Diesem Ziel dienen die Reformen, die in geringem Maße bereits verwirklicht worden sind und die im großen Maße noch ausstehen. Weil derartige Reformen das selbst definierte Ziel ukrainischer Politiker sind, sehen diese eine partnerschaftliche Zusammenarbeit bei der Verwirklichung derartiger Reformen vom Prinzip her nicht als Einmischung sondern als Hilfe an. In dieser Situation kann Kritik an Missständen hilfreich sein und auch als hilfreich empfunden werden. Westliche Kritik sollte Partei für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ergreifen, aber jede Parteinahme für eine der um Macht und Einfluss ringenden politischen Parteien vermeiden.

Der Ton macht die Musik

Meiner Meinung nach haben einige Mitgliedstaaten der EU, darunter auch Deutschland, die Grenze zwischen diesen beiden Arten von Kritik nicht immer genügend beachtet. Das gilt gelegentlich auch für den Ton, in dem diese Kritik vorgetragen wurde. Es wäre sinnvoll, wenn die im Bundestag vertretenen Parteien und die parteinahen Stiftungen ihre Kontakte sowohl zu Regierungs-, wie zu Oppositionsparteien intensivieren würden. Ein möglichst breites Beziehungsgeflecht zwischen politischen Strömungen in der Ukraine und in Deutschland könnte die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur in der Ukraine begünstigen.

Wer ein Volk der guten Nachbarschaft und von Freunden und wohlwollenden Partnern umgeben sein will, muss in Europa primär durch Vorbild, Zusammenarbeit und Hilfe Einfluss ausüben. Der Respekt vor der Gleichberechtigung größerer und kleinerer, wohlhabender und ärmerer Staaten ist gerade für den bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich stärksten Staat in Europa ein Muss: Dies war das Rezept für den Erfolg der deutschen Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Es ist leider erforderlich, erneut an diesen Grundsatz zu erinnern, weil einige deutsche Politiker mit der gewachsenen Rolle Deutschlands nicht behutsam genug umgehen und so zur Wiederbelebung anti-deutscher Ressenti-

ments und negativer Koalitionen gegen Deutschland beitragen. Wenn Deutschland sich als Lehrmeister Euro-

pas aufspielt, wird es bald nicht mehr von Freunden umgeben sein.

Über den Autor

Karsten D. Voigt war von 1976 bis 1998 SPD-Bundestagsabgeordneter. In dieser Zeit war er mehrere Jahre Vorsitzender der deutsch-russischen Parlamentariergruppe. Ab 1999 war er längere Zeit Geschäftsführer des deutsch-ukrainischen Forums und bis 2009 deutsch-amerikanischer Koordinator im Auswärtigen Amt.

NOTIZEN AUS MOSKAU

Ein Jahr danach: »Процесс пошёл!«

Jens Siegert, Moskau

Kurz vor dem Jahrestag der ersten großen Proteste gegen die Wahlfälschungen bei der Parlamentswahl am 4. Dezember 2011 stellte der kremlnahe Politologe Alexej Muchin vom Zentrum für Politische Information in Moskau eine Studie vor. Überschrift: »Sind die Turbulenzen vorbei?«. Muchin beantwortet diese wohl eher rhetorische gemeinte Frage selbstverständlich mit einem klaren Ja. Putin, so der Tenor, sitze nach den Protesten vom vergangenen Winter und Frühjahr wieder fest im Sattel. Zudem habe er die »Turbulenzen« überwunden, ohne Panzer in Moskaus Straßen auffahren zu lassen. Mit politischen Methoden sozusagen. Die Verhaftungen und Verurteilungen von Demonstranten, auch die zahlreichen im Schnelldurchgang beschlossenen repressiven Gesetze kommen bei Muchin kaum vor. Und trotzdem: Haben er und andere Putin-Claqueure nicht recht?

Der demokratische Aufbruch kam vor einem Jahr für alle, für den Kreml wie für die Opposition, völlig unerwartet. Der Kreml versuchte sofort die in Putins Amtszeit bis dahin in dieser Größe noch nicht dagewesenen oppositionellen Demonstrationen als eine radikale Aufwallung, eine unzulässige Ausnahme, einen Exzess zu interpretieren. Ziel war es, zur vorigen, zur »Putinschen« Normalität zurück zu kehren. Zu einer Normalität, in der alle Politik vom Kreml ausgeht. Diese Strategie zeigt auf den ersten Blick gute Ergebnisse. Es sieht (fast) so aus, als sei alles wieder an seinem Platz: Putin ist weiter, anscheinend unangefochten, Präsident, er hat die uneingeschränkte Unterstützung der Sicherheitsapparate und kontrolliert (direkt und indirekt) den wirtschaftlich dominierenden, das Land stützenden Rohstoffsektor. Also Normalität? Ja, schon. Aber eine andere als vor einem Jahr. Das ist der erste große Unterschied zu früher.

Die Opposition, seit Jahren ein Mauerblümchendasein fristend (oppositionelle Politiker hatten bisher die Wahl zwischen Anpassung und Marginalisierung), ist in Windeseile zu einer (wieder) ernst zu nehmenden

(und ja tatsächlich auch vom Kreml ernst genommen – warum sonst die Gegenmaßnahmen?) politischen Kraft geworden. Zwar ist die Euphorie der Opposition vom Jahresanfang längst vorbei. Die Hauptforderung der Demonstrationen, »Russland ohne Putin!«, hat sich als zu groß erwiesen. Das war natürlich von Anfang an eine unrealistische Hoffnung. In der (unmittelbaren) Machtfrage ist die Oppositionsbewegung gescheitert. Allerdings glaubten, ein-zwei Monate lang, sowohl im Kreml als auch bei den Protesten viele daran, dass es zu einer Wende kommen könne.

Doch noch einmal zurück zu Putin. Zwar ist es ihm gelungen, vorerst wieder den Deckel auf den Druckkochtopf Russland zu bekommen. Aber gerade deshalb dürfte der Druck bald wieder größer werden. Ein neues, überzeugendes, legitimierendes Narrativ für seine dritte Präsidentschaft hat er bisher nicht zu formulieren vermocht. In gewisser Weise hat er es gar nicht versucht. Das Narrativ der ersten Amtszeit Putins war die Rettung der russischen Staatlichkeit (»Wiedererrichtung der Machtvertikale« und »Diktatur des Gesetzes«). Die zweite Amtszeit stand unter dem Motto, das in der ersten Amtszeit Gewonnene zu bewahren. Die Amtszeit Dmitrij Medwedews versuchte von der Modernisierung des Landes zu erzählen, nachdem die Finanz- und Wirtschaftskrise das Vertrauen in ein »Weiter so« erschüttert hatte. Das misslang. Fast die gesamte Anstrengung des Kremls in der beginnenden dritten (oder vierten, wenn man so will) Amtszeit Putins läuft wohl auch deshalb, sozusagen im Umkehrschluss, darauf hinaus, zu demonstrieren, dass sich nichts geändert hat. »Stabilität«, das Zauberwort der zweiten Hälfte des vorigen Jahrzehnts, feiert fröhliche Renaissance. Mit seiner Hilfe ist auch durchaus einiges gelungen. Die Angst vor einer neuen »Zeit der Unruhen« ist in der Bevölkerung weiter groß. Sie schürend und sich als Ruhegaranten hinstellend hat Putin dem Protest (nochmal die Hauptforde-

rung: »Putin ohne Russland!«) die Spitze nehmen können. Und doch wirkt alles seltsam defensiv. Der alte Putin war ein Angreifer. Der neue Putin ist ein Verteidiger. Das ist der zweite große Unterschied zu früher.

Putins Umfragewerte fallen trotz aller Anstrengungen weiter. Die internationalen wirtschaftlichen Turbulenzen gehen weiter und können jederzeit auf Russland, abhängiger vom Ölpreis denn je, zurückschlagen. Putin hat hier kaum Einwirkungsmöglichkeiten. Die wirtschaftliche Lage bleibt also angespannt. Die Wachstumsrate dürfte 2012, an den Ambitionen gemessen, peinlich, unter drei Prozent sinken. Die Inflation bewegt sich gegenläufig nach oben. Erstmals seit Putins Machtantritt vor nun fast schon 13 Jahren waren im November (nach Umfragen des Lewada-Zentrums) mehr Menschen in Russland der Meinung, das Land bewege sich in die falsche Richtung (44 Prozent), als dass es auf dem richtigen Weg sei (40 Prozent). Selbst die mit großem Eifer und Lärm im Oktober entfesselte Anti-Korruptionskampagne (die mit der Entlassung von Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow und den staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen gegen die ehemalige Landwirtschaftsministerin Jelena Skrynnik erstmals auch hohe Politiker getroffen hat) konnte diesen Trend bisher nicht umkehren. Auch sie scheint eher abwehrenden Charakter zu haben. Sie ist deutlich gegen den gegenwärtig populärsten Oppositionellen, den Blogger Alexej Nawalnyj gerichtet. Nawalnyj bekam bei der Internetabstimmung über den oppositionellen »Koordinationsrat« die meisten Stimmen.

Damit wären wir bei der Opposition. Die Opposition ist tatsächlich (relativ) schwach. Auch sie wurde, siehe oben, von den Ereignissen überrascht. Nach zwölf Jahren faktischen Politikverbots gibt es kaum über die eigenen Netzwerke hinaus öffentlich bekannte oppositionelle Politiker (die sogenannten »Oppositionsparteien« im Mogelparlament gelten hier nicht). Es ist zudem kein Zufall, dass ganz vorne auf den Tribünen der Anti-Putin-Demonstrationen Menschen standen, die von sich ausdrücklich sagen, keine Politiker zu sein: der Blogger Alexej Nawalnyj, der Schriftsteller Boris Akunin, die Fernsehmoderatorin Ksenija Sobtschak oder der Journalist Sergej Parchomenko. Noch aus der Zeit vor dem allgemeinen Politikverbot bekannte Politiker, wie Boris Nemzow, Wladimir Ryschkow und Michail Kasjanow, sind zwar auch dabei, aber sie tragen die schwere Last allgemeinen Misstrauens gegen jede Politik und alle Politiker. Das gilt umso mehr, wenn sie schon zu Jelzins Zeiten aktiv waren. Die Putin-Propaganda über jene »Chaoszeiten« ist weiter sehr wirksam. Und neue Gesichter haben im Landesmaßstab kaum eine Chance, solange das Fernsehen fest in Kremlhand ist.

Hinzu kommt etwas Neues. Die kleine russische Erhebung des vergangenen Winters hätte es ohne soziale

Netzwerke im Internet kaum (oder kaum so) gegeben. »Netzrevolutionen« benötigen aber einen viel geringeren Aufwand, um die eine Protestwelle los zu treten. Dafür gehen sie aber mit einer relativ großen Unstrukturiertheit ihrer Urheber einher. Wenn dann die Machthaber, was anfangs ohnehin kaum jemand für möglich hält, wirklich zu wackeln beginnen, fehlen stabile, belastbare Strukturen. Diese Strukturierung versucht die russische Oppositionsbewegung gegenwärtig nachzuholen. Dabei werden, hoffentlich, auch neue Politiker hervortreten. Ob und wie das gelingt, muss abgewartet werden. Vorerst ist das Netz weiter munter, wenn auch vom neuen Internetsperrengesetz bedroht.

In Moskau, in allem immer schneller, größer, weiter als der Rest des Landes, ist der öffentliche, der Straßenprotest in der zweiten Jahreshälfte tatsächlich zurückgegangen und hat sich teilweise ritualisiert. Dafür fängt es in den Regionen erst an. Während die Moskauer Proteste ihre konkreten Forderungen verloren haben (Neuwahlen wegen Wahlfälschungen, Russland ohne Putin), bleiben die Forderungen dort meist konkret. Ein Problem sind die sehr schwachen Verbindungen zwischen den Moskauer »liberalen Eliten« und den regionalen Protestbewegungen. Auch die in Moskau mit den Liberalen und Linken locker verbundenen Nationalisten können hier wenig anbieten. Und die Moskauer Linke handelt weitgehend sektiererisch.

Zusammengefasst: Wenn das Kriterium für Erfolg der Opposition und eine Veränderung der Verhältnisse die Machtfrage ist, dann hat Putin eindeutig gewonnen. Das ist die Geschichte, die der Kreml erzählt. Die andere Geschichte erzählt vom Aufbrechen einer jahrelang wie zubetonierten Öffentlichkeit. Sie erzählt von jungen Menschen, die sich plötzlich politisch zu engagieren beginnen. Sie erzählt von Diskussionsforen, virtuellen wie materiellen, die wie Pilze aus dem Boden schießen. Sie erzählt von einem Präsidenten, dem eine Mehrheit im Lande zu folgen bereit war, und den viele inzwischen nur noch als das kleinere Übel ansehen. Sie erzählt von einem Land, dessen Regierung das Vertrauen der Mehrheit verloren hat, dessen Opposition aber schwach ist und der die Menschen auch (noch) nicht vertrauen. Diese Geschichte erzählt nicht von einer gescheiterten Anti-Putin-Revolution. Sie erzählt vom Beginn des Endes einer Epoche – und damit zwangsweise vom Beginn einer neuen. Michail Gorbatschow fasste solch eine Situation vor 25 Jahren lakonisch so zusammen: »Лёд тронулся, товарищи! Процесс пошёл!«.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

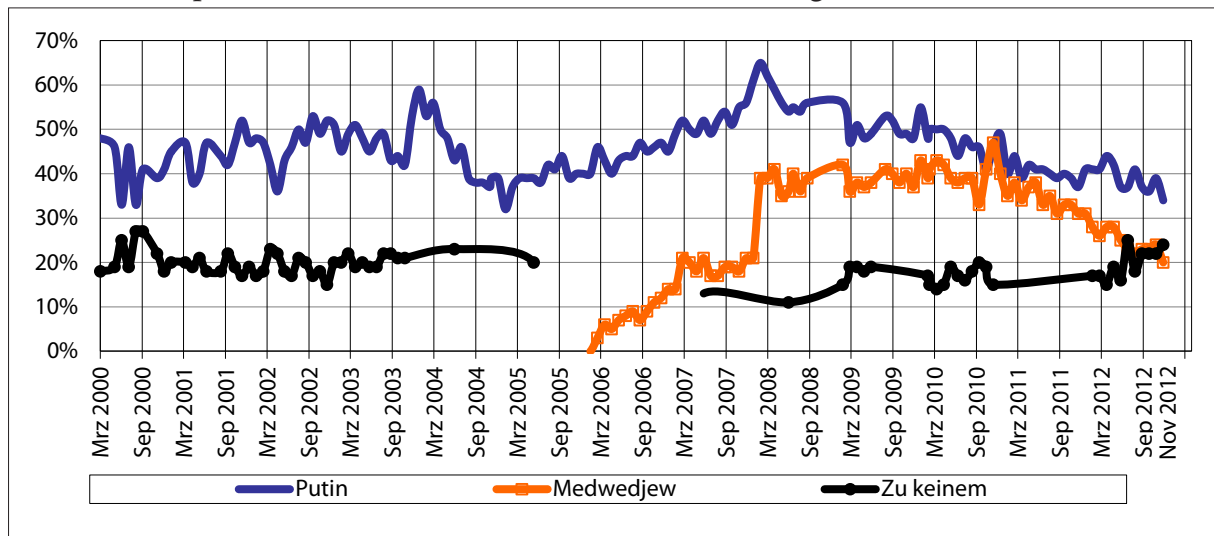
1 Deutsch: »Das Eis ist gebrochen, Genossen. Der Prozess ist im Gang!«

UMFRAGE

Die politische Lage 2012 im Spiegel der Umfragen

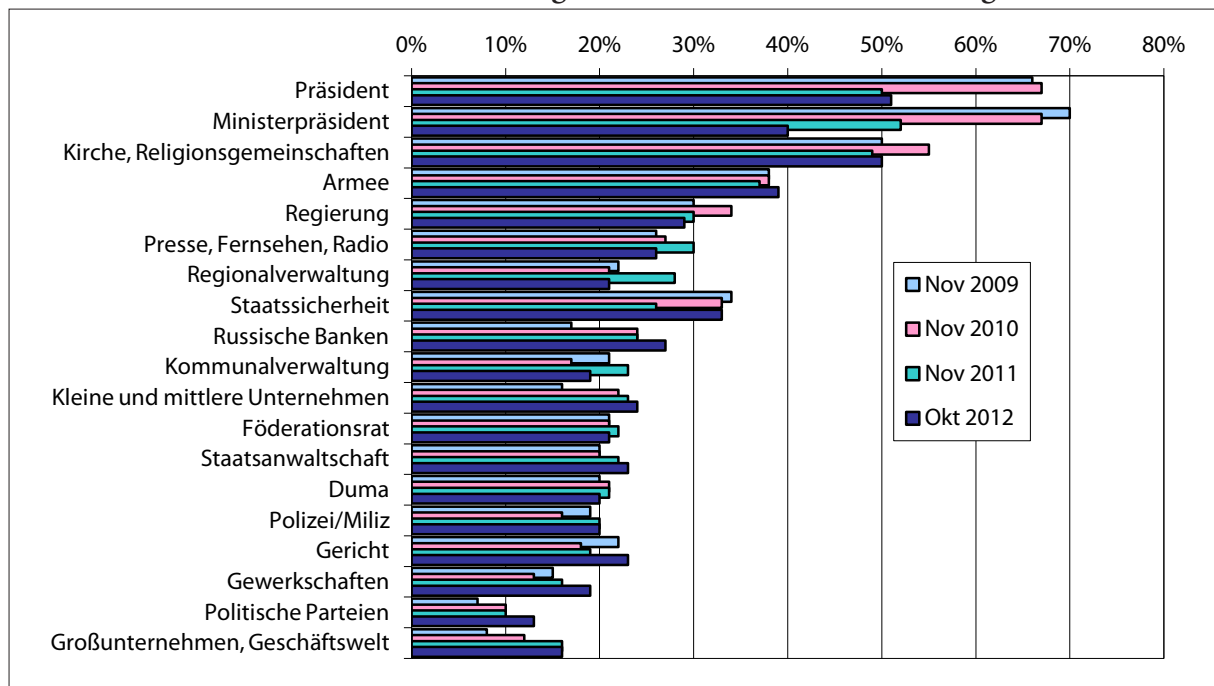
Die Vertrauenskrise

Grafik 4: Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen?
(Popularitätswerte März 2000 – 2012 in den Umfragen des Levada-Zentrums)



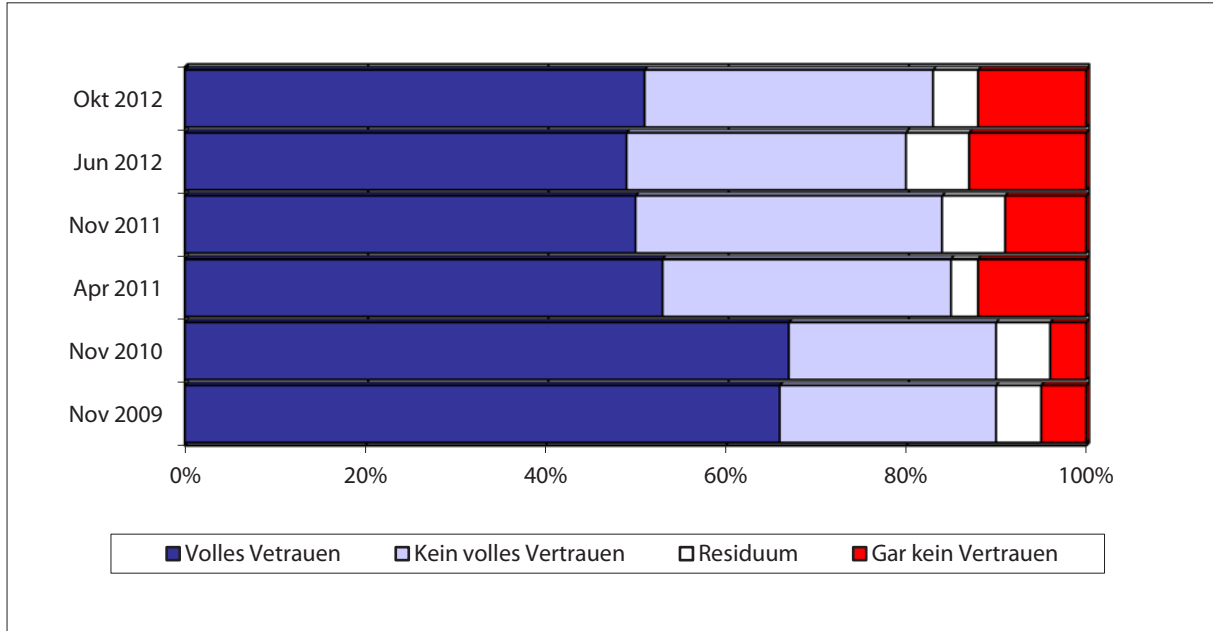
Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums (früher: WZIOM); letzte Erhebung im November 2012 <http://www.levada.ru/print/29-11-2012/noyabrskie-reitingi-odobreniya-doveriya-i-polozheniya-del-v-strane-zapomnivshiesya-sobyti>.

Grafik 5: In welchem Maße verdienen folgende Institutionen Ihrer Meinung nach Vertrauen?



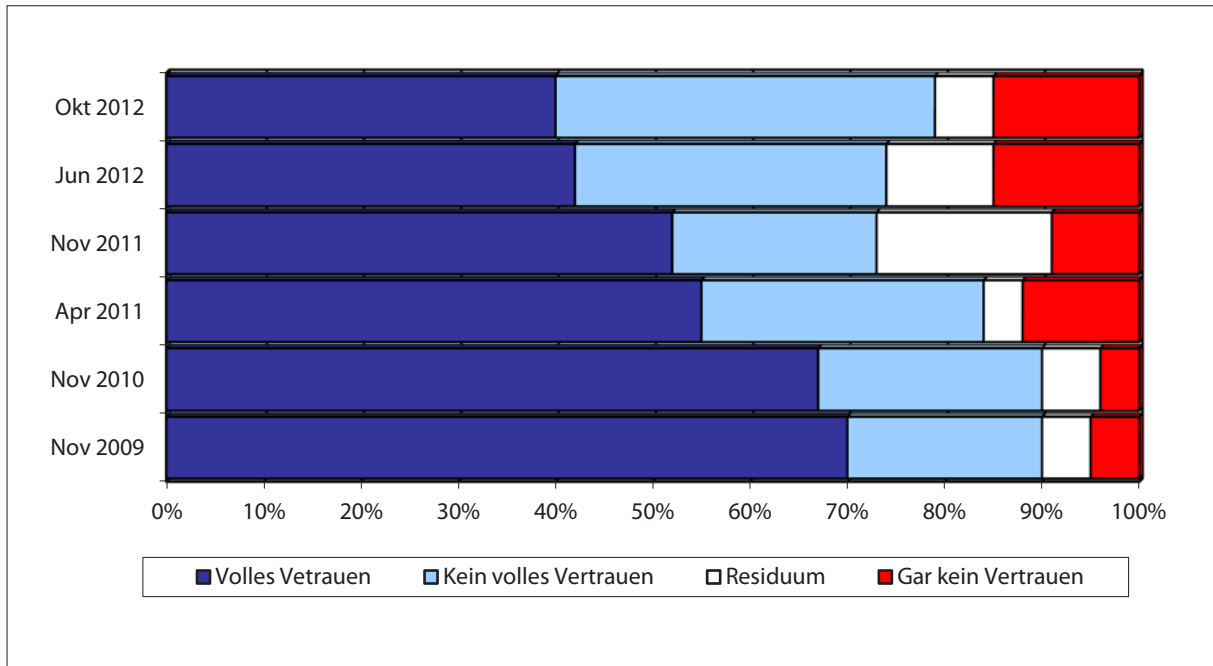
Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums (früher: WZIOM); letzte Erhebung im November 2012 <http://www.levada.ru/print/29-11-2012/noyabrskie-reitingi-odobreniya-doveriya-i-polozheniya-del-v-strane-zapomnivshiesya-sobyti>.

Grafik 6: In welchem Maße verdient der Präsident Ihrer Meinung nach Vertrauen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums (früher: WZIOM); letzte Erhebung im November 2012 <http://www.levada.ru/print/29-11-2012/noyabrskie-reitingi-odobreniya-doveriya-i-polozheniya-del-v-strane-zapomnivshiesya-sobyti>.

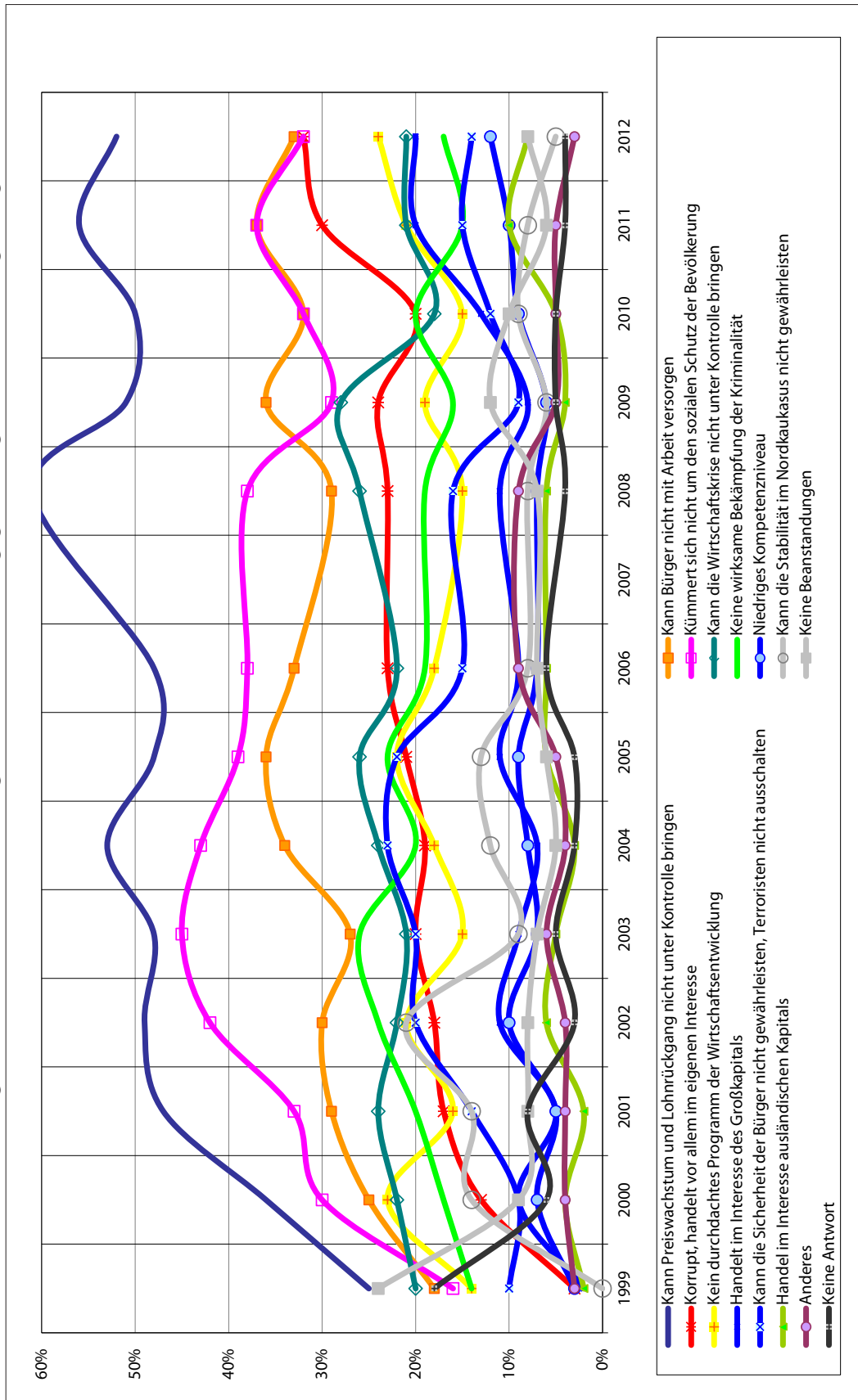
Grafik 7: In welchem Maße verdient der Ministerpräsident Ihrer Meinung nach Vertrauen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums (früher: WZIOM); letzte Erhebung im November 2012 <http://www.levada.ru/print/29-11-2012/noyabrskie-reitingi-odobreniya-doveriya-i-polozheniya-del-v-strane-zapomnivshiesya-sobyti>.

Kritik an der Regierung in Umfragen des Lewada-Zentrums

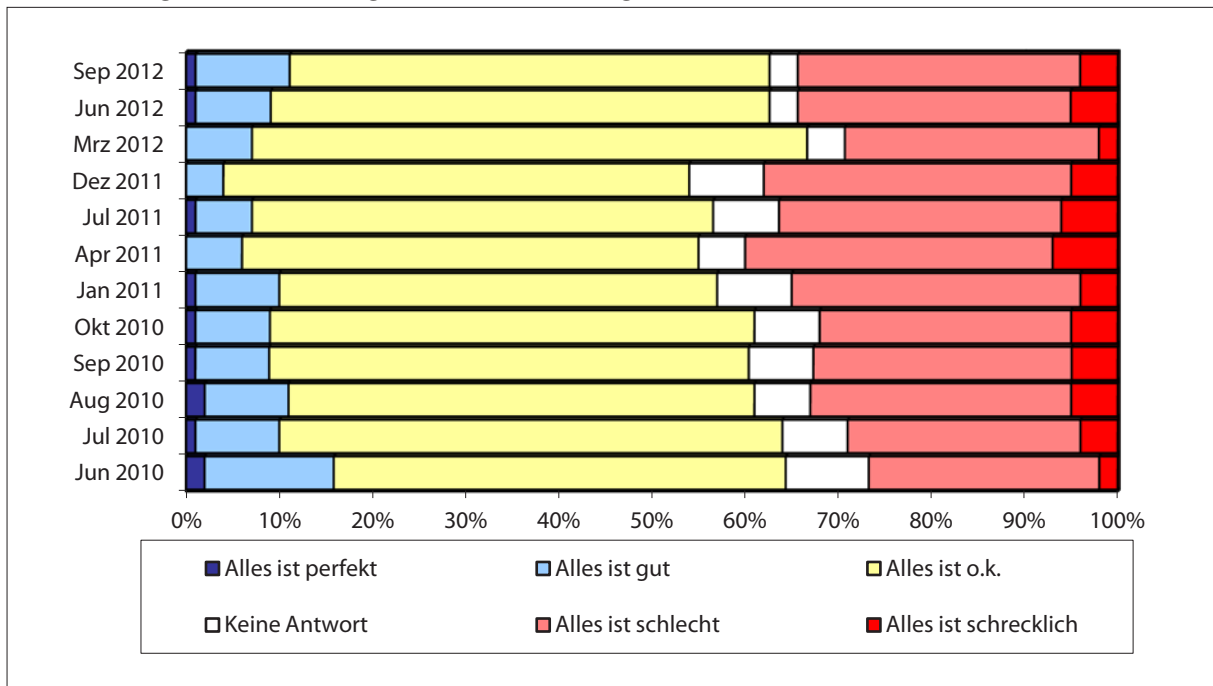
Grafik 8: Welches sind Ihre grundsätzlichen Beanstandungen an der Arbeit der gegenwärtigen russischen Regierung?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom November 2012, <http://www.lewada.ru/print/11-12-2012/rossiyane-o-pravitelstve>

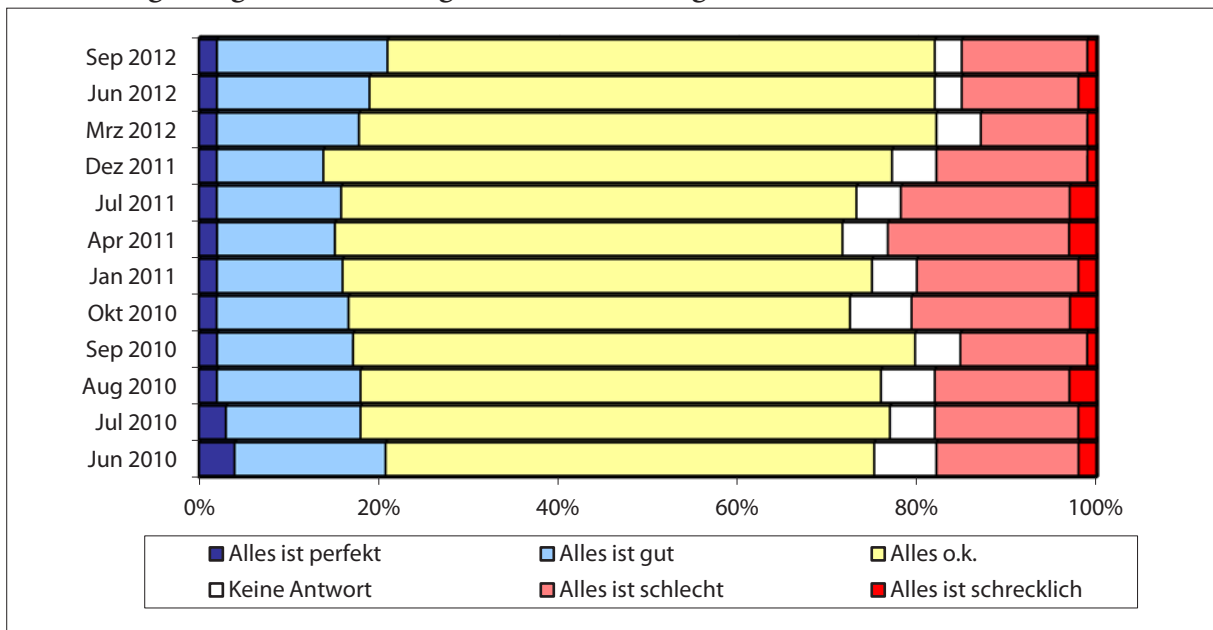
Die Lage in den Umfragen des WZIOM

Grafik 9: Wie bewerten Sie die Situation im Land?
(geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



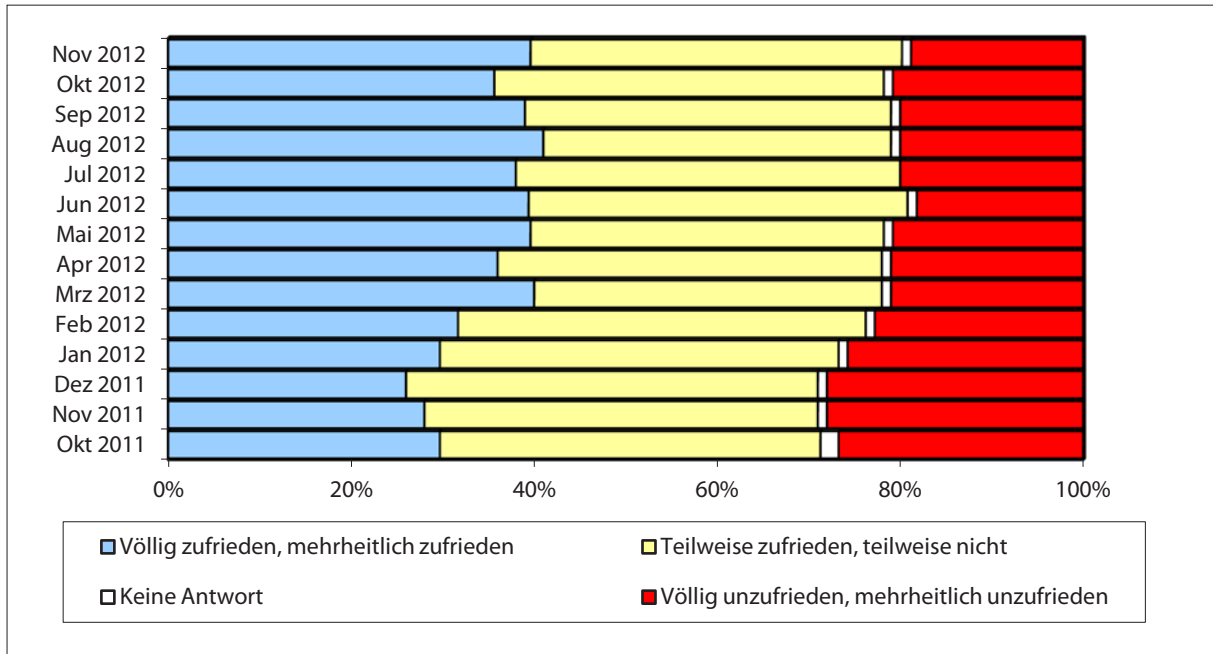
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 15.–16.09.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=11341>.

Grafik 10: Wie bewerten Sie die Situation in Ihrem Umfeld (bei Verwandten, Freunden, Kollegen)?
(geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



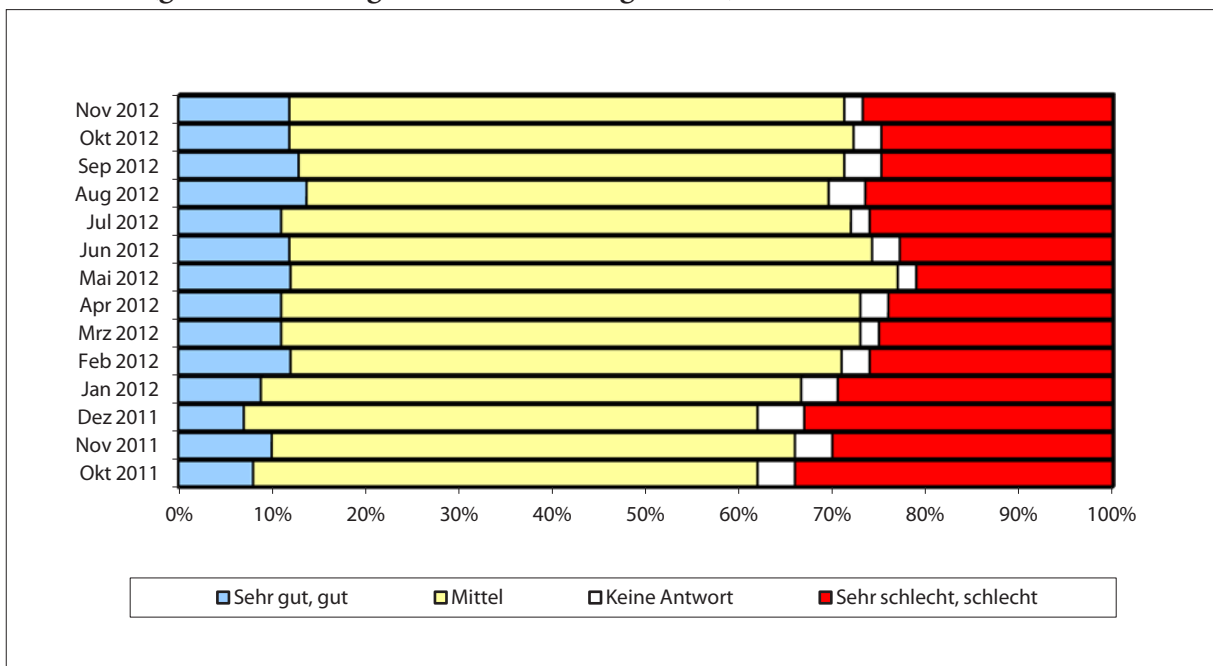
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 15.–16.09.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=11341>.

Grafik 11: Sind Sie mit Ihrem Leben zufrieden? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



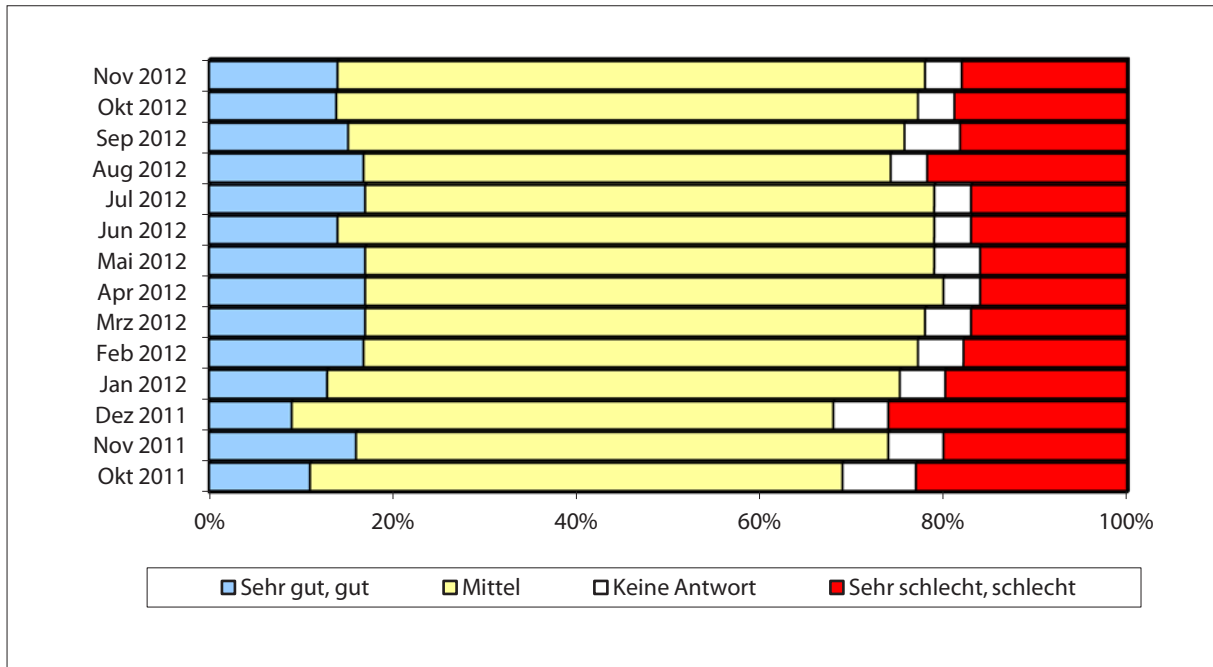
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 27.–28.11.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113436>.

Grafik 12: Wie würden Sie die aktuelle wirtschaftliche Lage Russlands bewerten? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 27.–28.11.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113436>.

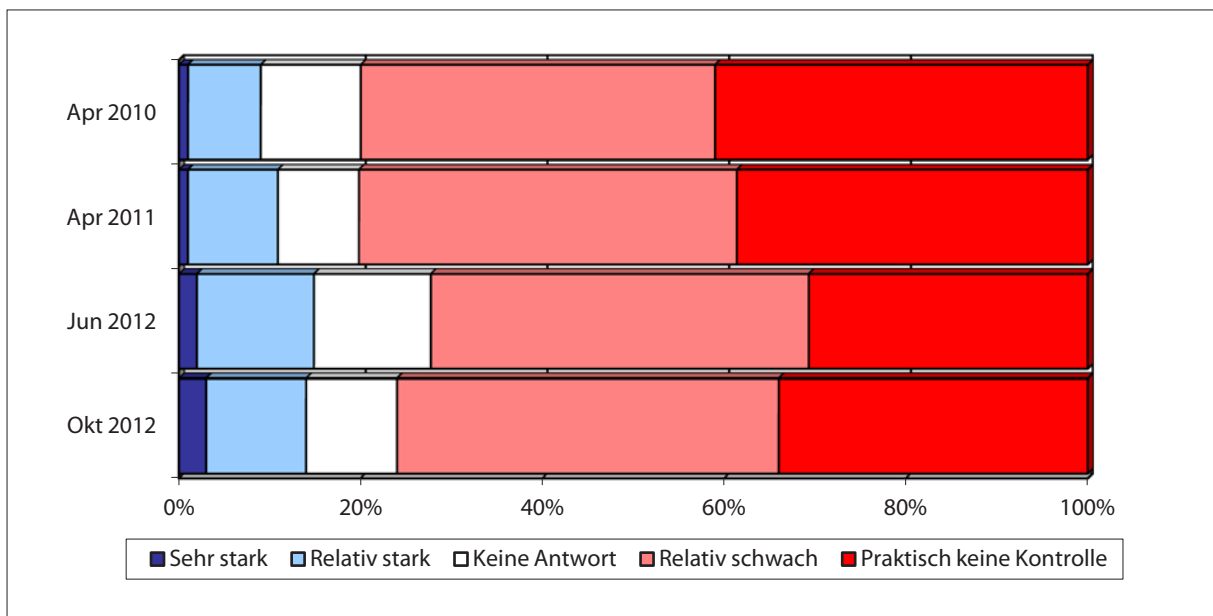
Grafik 13. Wie würden Sie die aktuelle politische Lage in Russland bewerten?
(geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 27.–28.11.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113436>.

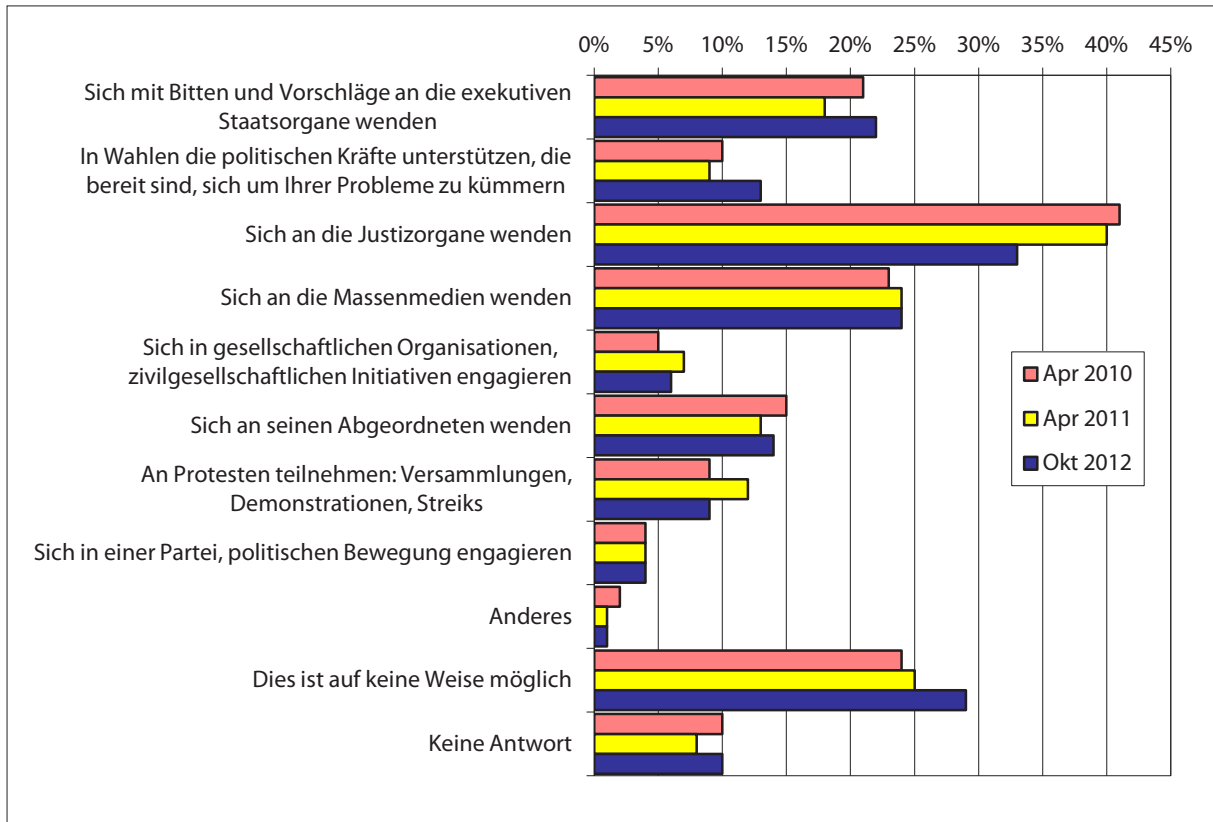
Die Kontrolle der »Macht«

Grafik 14: Inwieweit kontrolliert die russische Gesellschaft das staatliche Handeln?



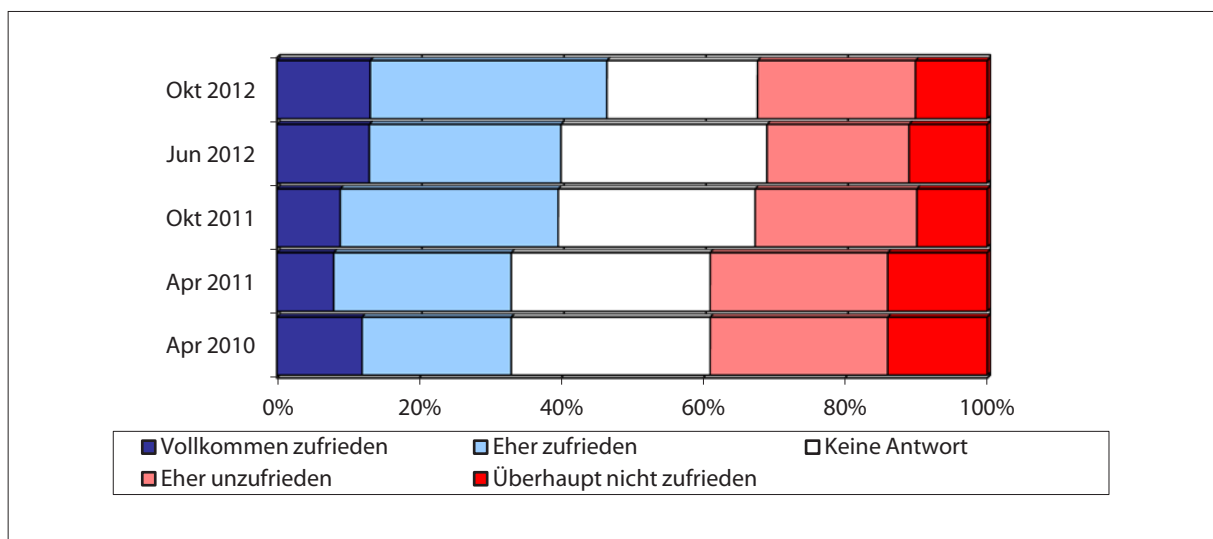
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 01.–19.10.2012, <http://www.lewada.ru/print/08-11-2012/obshchestvo-slabo-kontrolliruet-deistviya-vlastei-42-rossijan>.

Grafik 15: Auf welche Weise können die russischen Staatsbürger heute am ehesten eine Lösung ihrer Probleme erreichen?



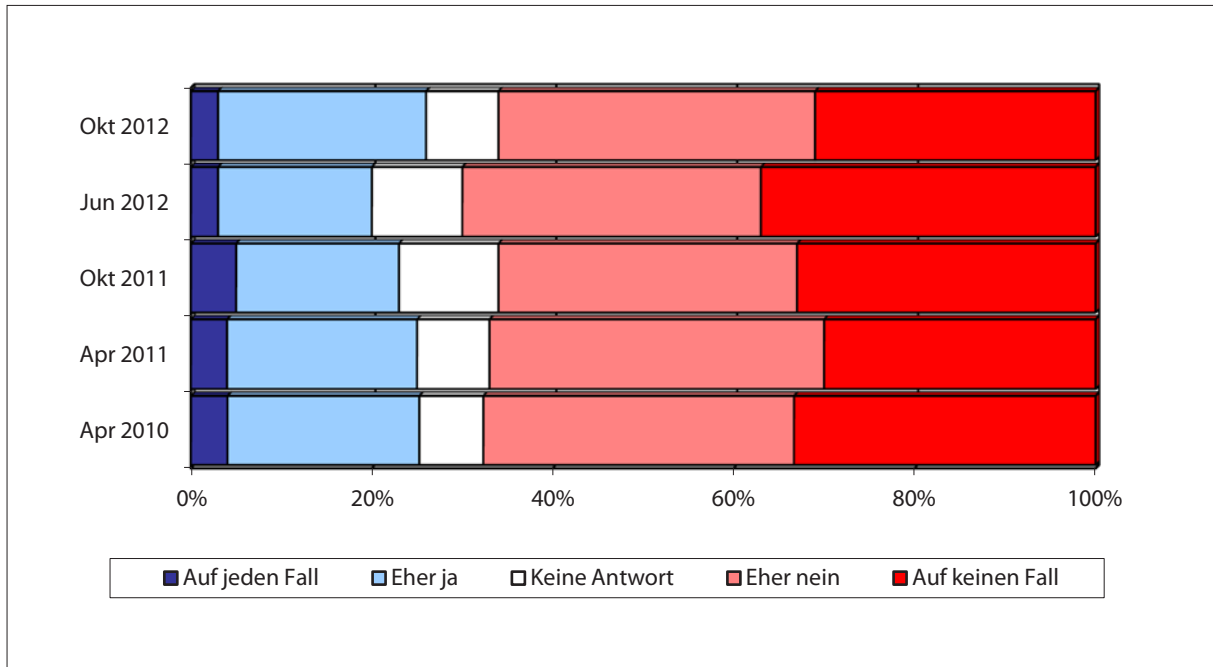
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 01.–19.10.2012, <http://www.levada.ru/print/08-11-2012/obshchestvo-slabo-kontroliruet-deistviya-vlastei-42-rossijan>.

Grafik 16: Inwieweit sind Sie mit den Möglichkeiten Ihren Beteiligung am politischen Leben zufrieden?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 01.–19.10.2012, <http://www.levada.ru/print/08-11-2012/obshchestvo-slabo-kontroliruet-deistviya-vlastei-42-rossijan>.

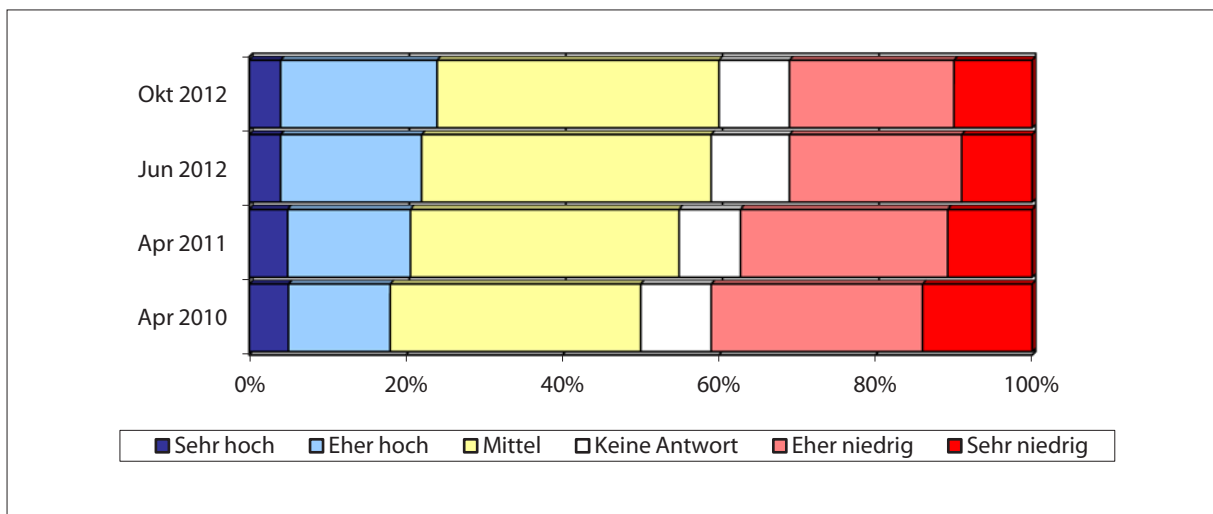
Grafik 17: Würden Sie sich gern am politischen Leben beteiligen, sei es auch nur auf der Ebene Ihrer Stadt?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 01.–19.10.2012,

<http://www.levada.ru/print/08-11-2012/obshchestvo-slabo-kontroliruet-deistviya-vlastei-42-rossiyan>.

Grafik 18: Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine Zunahme sozialer Spannungen in der kommenden Zeit in massenhaften Streiks, Versammlungen, Demonstrationen und anderen Formen des sozialen Protests äußert?

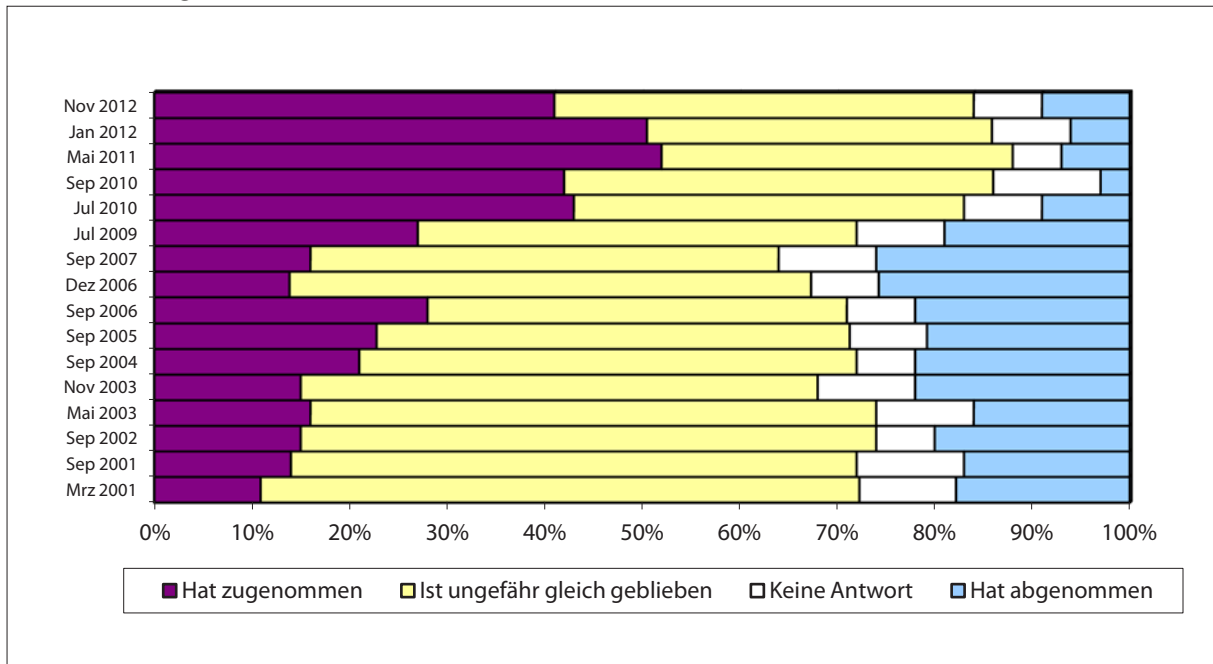


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 01.–19.10.2012,

<http://www.levada.ru/print/08-11-2012/obshchestvo-slabo-kontroliruet-deistviya-vlastei-42-rossiyan>.

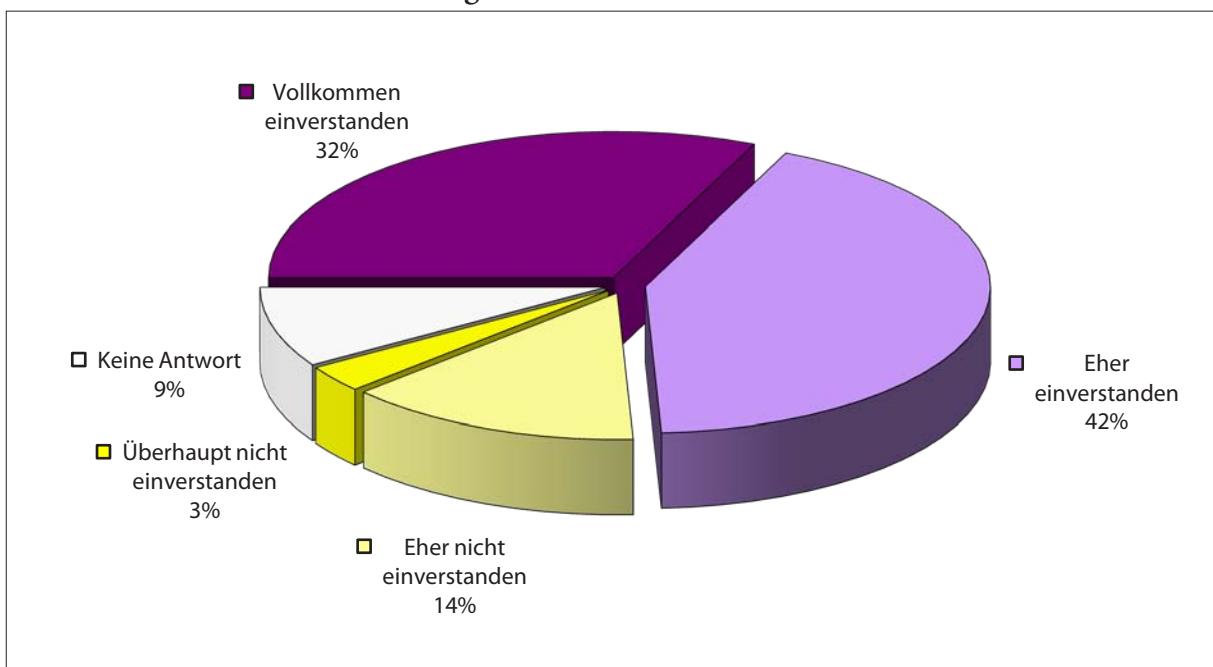
Über Korruption – Umfragen des Lewada-Zentrums

Grafik 19: Haben Diebstahl und Korruption im Lande in den letzten 10–12 Jahren zu- oder abgenommen?



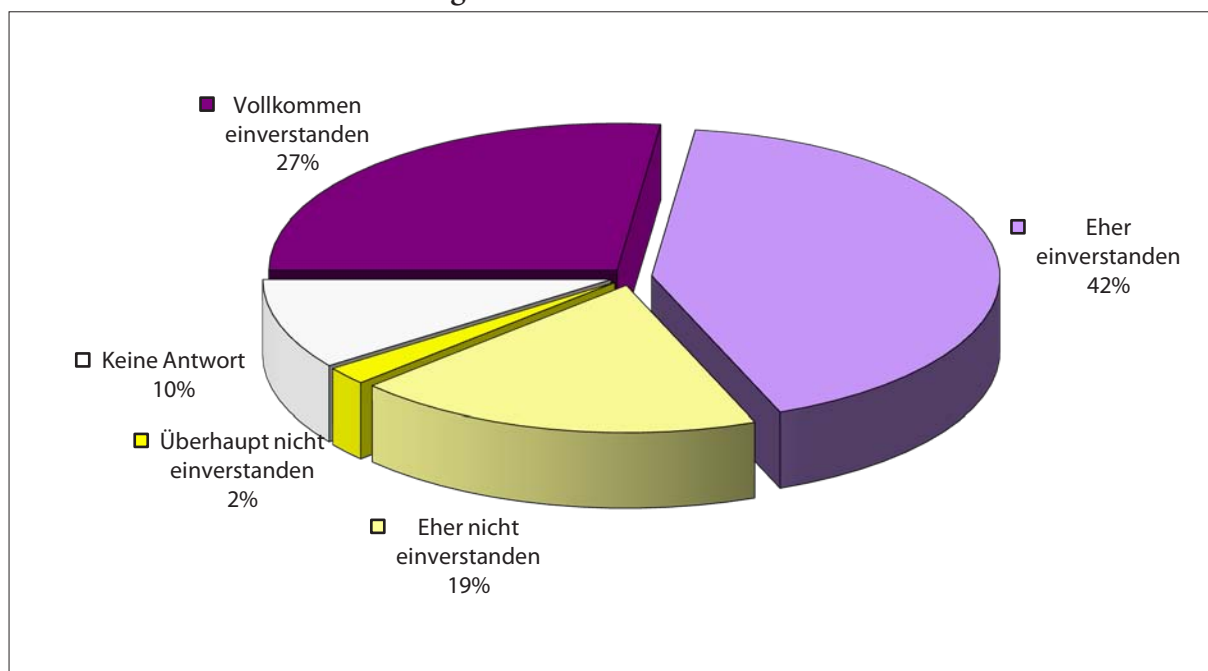
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26.11.2012, <http://www.levada.ru/print/03-12-2012/rossijane-o-korruptsij-v-strane>.

Grafik 20: Stimmen Sie der Ansicht zu, dass in Russland kein effektives System zur Auswahl, Kontrolle und Ernennung von Personen in Staatsämtern existiert?



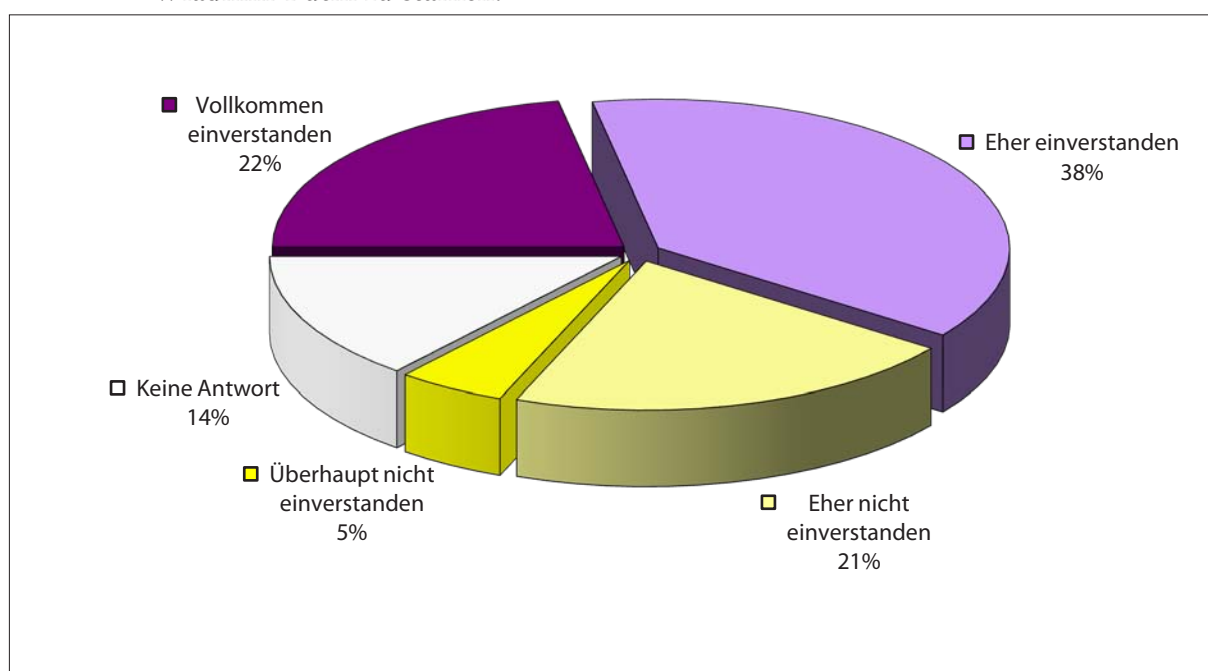
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26.11.2012, <http://www.levada.ru/print/03-12-2012/rossijane-o-korruptsij-v-strane>.

Grafik 21: Stimmen Sie der Ansicht zu, dass die Staatsführung, sich nur auf ihr persönlich ergebene Personen stützt und dabei deren Vergehen ignoriert oder deren illegale Methoden zur Bereicherung toleriert?



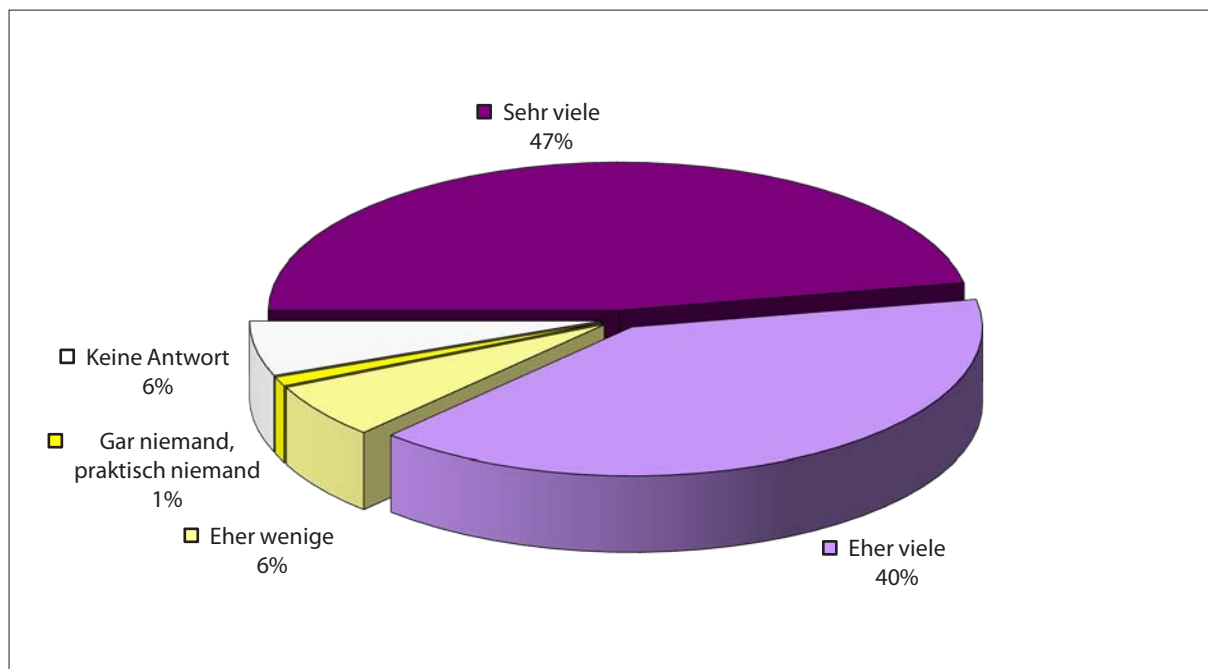
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26.11.2012, <http://www.levada.ru/print/03-12-2012/rossiyane-o-korruptsii-v-strane>.

Grafik 22: Stimmen Sie der Ansicht zu, dass die aktuelle Kampagne zur Korruptionsbekämpfung nur darum geführt wird, um das angeschlagene Vertrauen der Bevölkerung in Wladimir Putin zu stärken?



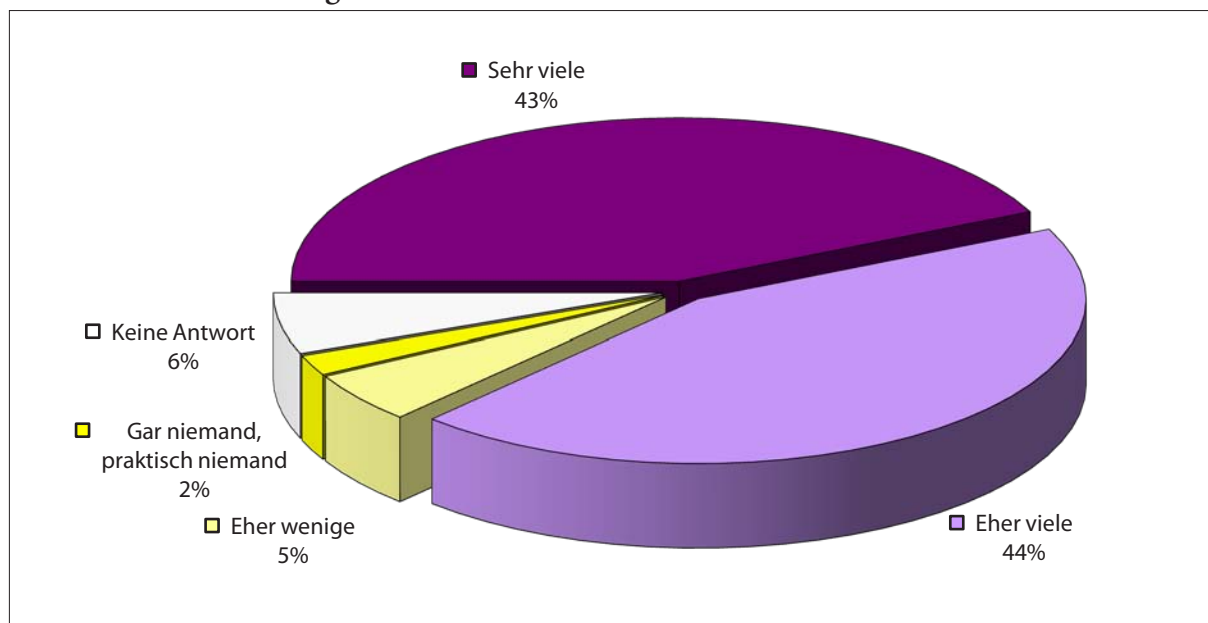
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26.11.2012, <http://www.levada.ru/print/03-12-2012/rossiyane-o-korruptsii-v-strane>.

Grafik 23: Haben viele russische Beamte, Gouverneure, Abgeordnete Konten und Immobilien im Ausland?



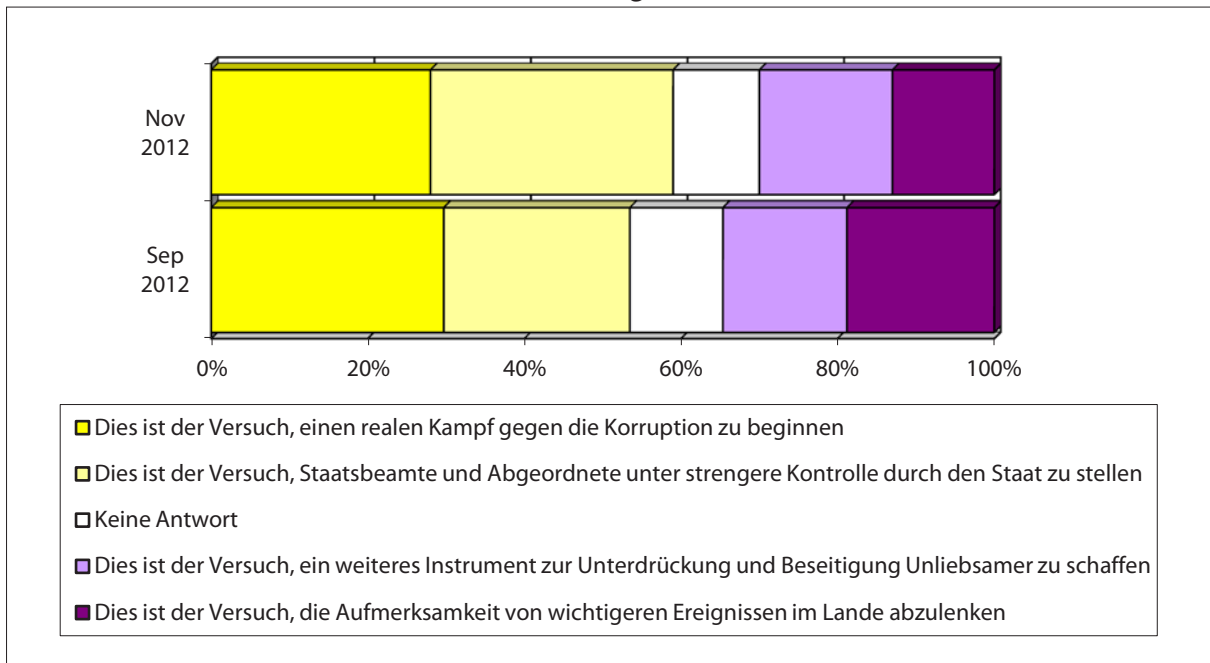
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26.11.2012, <http://www.levada.ru/print/03-12-2012/rossiyane-o-korruptsii-v-strane>.

Grafik 24: Sind viele russische Beamte, Gouverneure, Abgeordnete gegenwärtig privatwirtschaftlich tätig?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26.11.2012, <http://www.levada.ru/print/03-12-2012/rossiyane-o-korruptsii-v-strane>.

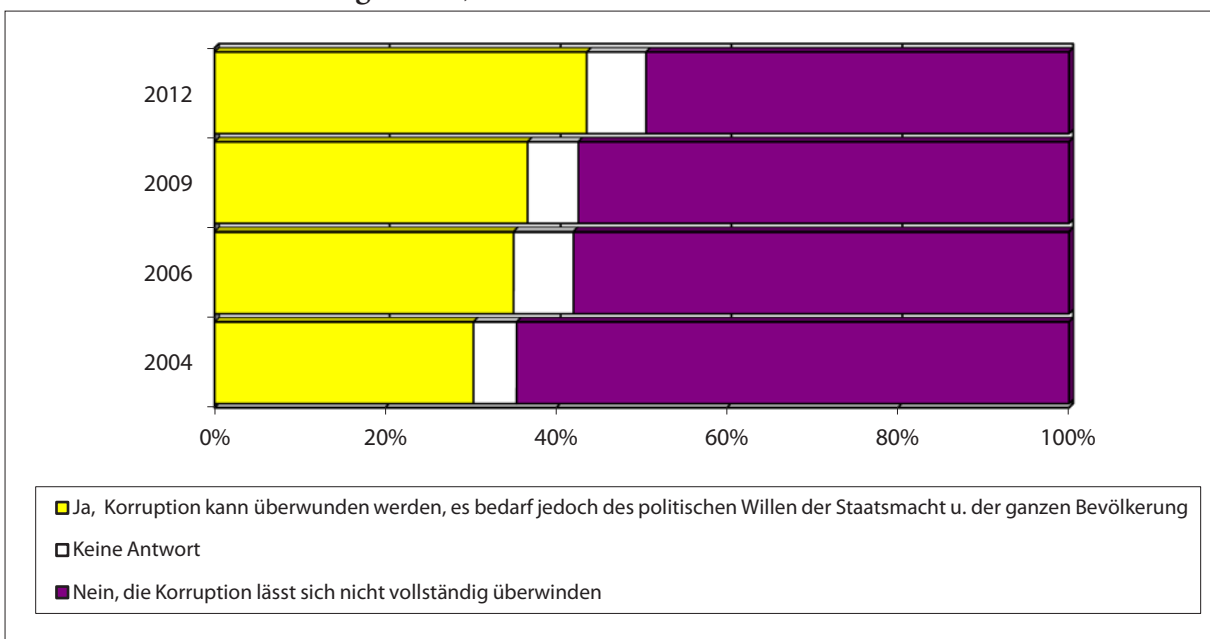
Grafik 25: Was halten Sie von dem Gesetzesentwurf, wonach Staatsbeamten und Abgeordneten verboten werden soll, ausländisches Eigentum und Konten im Ausland zu besitzen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26.11.2012, <http://www.levada.ru/print/03-12-2012/rossiyane-o-korruptsii-v-strane>.

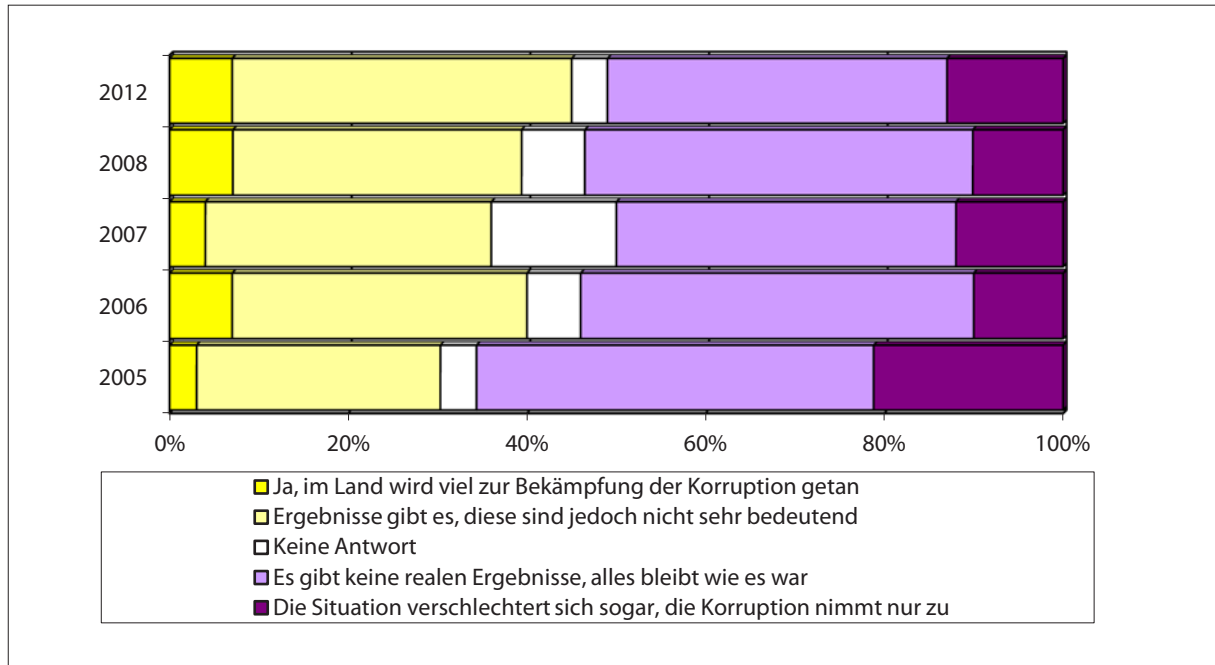
Über Korruption – Umfragen des WZIOM

Grafik 26: Kann die Korruption Ihrer Meinung nach überwunden werden? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



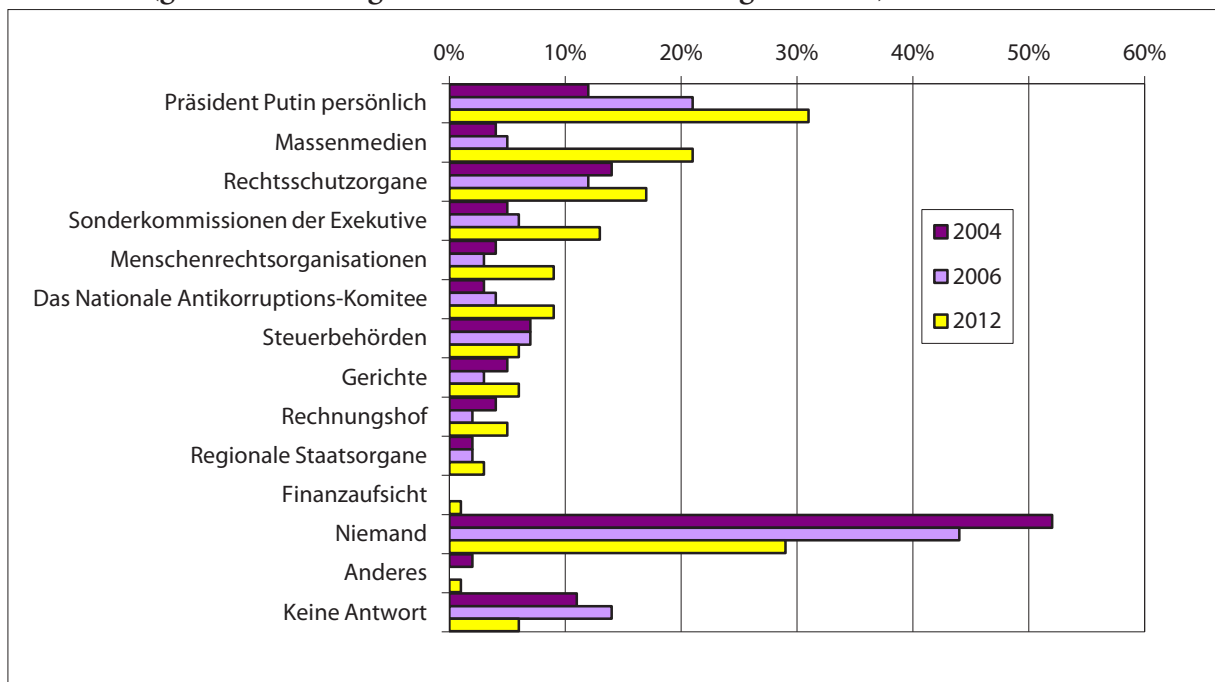
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 24.–25.11.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113434>.

Grafik 27: Die Staatsführung spricht ständig von der Notwendigkeit der Korruptionsbekämpfung. Sehen Sie im letzten Jahr Ergebnisse? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 24.–25.11.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113434>.

Grafik 28: Wer kämpft am effektivsten gegen die Korruption? (geschlossene Frage, maximal drei Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 24.–25.11.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113434>.

Vom 30. November bis zum 14. Dezember 2012

30.11.2012	Präsident Wladimir Putin erörtert mit den Vorsitzenden der Dumafraktionen die politische Agenda. Putin spricht sich unter anderem für eine Direktwahl der Mitglieder des Föderationsrats aus. Außerdem gibt er bekannt, dass die Botschaft an die Föderalversammlung zur Lage der Nation am 12. Dezember, dem Tag der Verfassung, präsentiert wird.
30.11.2012	Dumapäsident Sergej Naryschkin initiiert die Einrichtung eines Rates der außerparlamentarischen Parteien beim Präsidenten der Staatsduma.
30.11.2012	Yoshihiko Noda, japanischer Premierminister, teilt mit, dass der für Anfang Dezember geplante Staatsbesuch in Moskau auf Grund gesundheitlicher Probleme Präsident Putins verschoben wird. Putins Pressesprecher Dmitrij Peskow dementiert diese Information.
30.11.2012	Eine außerordentliche Aktionärsversammlung wählt Igor Setschin, den Präsidenten des staatlichen Ölkonzerns Rosneft, in den Aufsichtsrat des Unternehmens. Er ersetzt Eduard Chudajnatow, den Vizepräsidenten von Rosneft.
01.12.2012	Russland tritt den G-20-Vorsitz an. Präsident Putin erläutert in einem Schreiben die Prioritäten des russischen G-20-Vorsitzes: 1. Stimulierung des Wirtschaftswachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen; 2. die Finanzierung von Investitionen als Grundlage des Wirtschaftswachstums sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen und 3. die Modernisierung nationaler Systeme staatlicher Kreditaufnahmen und die Verwaltung der Staatsschulden. (www.g20russia.ru).
02.12.2012	Verkehrsminister Maxim Sokolow erstattet Ministerpräsident Dmitrij Medwedew Bericht über die Situation auf der Fernstraße M 10 zwischen Moskau und St. Petersburg. Auf Grund von starken Schneefällen war es bei Twer zu langen Staus und Verkehrsbehinderungen gekommen.
03.12.2012	Staatsbesuch von Präsident Putin in der Türkei. Putin betont, Russland und die Türkei würden die Lage in Syrien ähnlich einschätzen, jedoch unterschiedliche Lösungsansätze vorziehen. Die Türkei bittet um eine Erhöhung der Gaslieferung um 3 Mrd. Kubikmeter. Gazprom lieferte 2012 ca. 27 Mrd. m ³ Gas an die Türkei.
03.12.2012	Präsident Putin unterzeichnet ein Gesetz, durch das die staatliche Parteienfinanzierung von 20 auf 50 Rubel je Stimme erhöht wird. Dies betrifft Parteien, die bei Wahlen zur Staatsduma über 3 % der Stimmen erhalten haben (2011 waren das »Einiges Russland«, KPRF, LDPR, »Gerechtes Russland« und Jabloko).
04.12.2012	Der NATO-Russland-Rat verabschiedet auf einem Ministertreffen in Brüssel das Programm zur Zusammenarbeit für 2013. Laut Außenminister Sergej Lawrow werde es in der Zukunft Verhandlungen über das NATO-Raketenabwehrsystem geben.
04.12.2012	Einem Sprecher von »Gazpromexport« zufolge, verringerten sich die Gaslieferungen aus Russland nach Europa und in die Türkei von Januar bis November 2012 im Jahresvergleich um 9,3 % von 136,44 auf 123,7 Mrd. Kubikmeter.
04.12.2012	Das »Komitee für bürgerliche Initiativen«, das vom ehemaligen Finanzminister Alexej Kudrin geleitet wird, veröffentlicht einen Bericht zum Jahrestag der Wahlfälschungen und der Proteste. In dem Bericht wird die Staatsmacht aufgefordert, einen Dialog mit der Gesellschaft aufzunehmen.
05.12.2012	Zum Jahrestag der Proteste gegen die Wahlfälschungen kommt es im Moskauer Stadtzentrum zu kleineren Demonstrationen. Die Polizei löst die nicht genehmigten Veranstaltungen auf und nimmt einige der Teilnehmer fest.
05.12.2012	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew nimmt in Bischkek (Kirgisistan) an einem Treffen der Regierungschef der Mitgliedstaaten der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) teil. Auf der Tagesordnung steht eine vertiefte Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Energie, Telekommunikation, Wissenschaft, Gesundheit und Landwirtschaft.
05.12.2012	Präsident Putin nimmt in Turkmenistan an einem Treffen der Staatsechefs der GUS-Staaten teil. Auf dem Treffen werden unter anderem Abkommen zu Sicherheit und Rechtsordnung unterzeichnet, sowie zur Zusammenarbeit bei der fachlichen Ausbildung von Angehörigen der Anti-Terror-Einheiten.
05.12.2012	Kasbek Gekkijew, Moderator des regionalen Senders der Staatlichen Rundfunkanstalt GTRK in der Republik Kabardino-Balkarien, wird von Unbekannten erschossen.
06.12.2012	In Naltschik (Republik Kabardino-Balkarien) wird bei der Explosion eines Sprengsatzes der stellvertretende Verkehrsminister der Region verletzt.
06.12.2012	Der US-Senat verabschiedet einen Gesetzesentwurf über Visa-Sanktionen gegen Bürger Russlands, die die Menschenrechte verletzt haben (»Magnizkij-Liste«), und hebt gleichzeitig die Handelsbeschränkungen nach dem Jackson-Vanik-Amendment von 1974 auf. Das russische Außenministerium bezeichnet die Verabschiedung der »Magnizkij-Liste« als einen unfreundlichen und provozierenden Schritt und droht mit einer »adäquaten Antwort«.
06.12.2012	Präsident Putin trifft mit Wladimir Lukin, dem Menschenrechtsbeauftragten in der Russischen Föderation, zusammen. Lukin setzt sich vor dem Hintergrund der jüngsten Auseinandersetzung in einer Strafkolonie für eine Reform des Föderalen Dienstes für den Strafvollzug (FSIN) ein.
07.12.2012	Außenminister Sergej Lawrow fordert auf dem OSZE-Außenministertreffen in Dublin eine Reform des Wahlbeobachtersystems durch die Verabschiedung einheitlicher Regeln und der Abschaffung von »Doppelstandards«.

07.12.2012	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew gibt den Vertretern der staatlichen Fernsehsender »Rossija-1«, »Rossija-24«, NTV und REN-TV sowie dem kritischen Internetsender »Doschd« ein 90-minütiges Interview. Themen sind u. a. Korruptionsbekämpfung, Staatshaushalt und Rentenreform, die Ermordung eines Journalisten im Nordkaukasus, sowie die Gesetzesverschärfungen der letzten Monate.
08.12.2012	Nikolaj Patruschew, früherer Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB und nun Sekretär des Sicherheitsrates, erklärt auf einem Treffen mit offiziellen Vertrauenspersonen des Präsidenten, dass die Wahrscheinlichkeit einer »Orangen Revolution« auf dem Gebiet der GUS fortbesteht und eine Gefahr für Russland darstellt.
09.12.2012	In Machatschkala (Dagestan) wird ein Offizier der Polizei von Unbekannten erschossen.
10.12.2012	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt vier Männer wegen der Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags auf den Schnellzug »Sapsan« zu Haftstrafen von 15 bis 18 Jahren.
10.12.2012	Die russische Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass im ersten Halbjahr 2012 mehr als 1,7 Million Gesetzesverletzungen im Bereich der Menschenrechte festgestellt wurden. 91.000 Personen wurden mit Ordnungsstrafen zur Verantwortung gezogen, 31.000 verwandt und in 7.700 Fällen wurden Strafverfahren eröffnet.
10.12.2012	In die Staatsduma wird ein Gesetzesentwurf eingebracht, dem zu Folge Bürgern der USA, die die Rechte russischer Staatsbürger verletzt haben oder an einem Verbrechen gegen diese beteiligt waren, die Einreise nach Russland untersagt würde.
10.12.2012	Treffen Präsident Putins mit den ca. 550 Personen, die im Präsidentschaftswahlkampf als seine Vertrauenspersonen fungierten. Er verlängert ihr Mandat bis zum Ende seiner Amtszeit im Jahre 2018, und bezieht sie in die »All-russischen Volksfront« ein.
11.12.2012	Der Rat der Verteidigungsminister der GUS wählt auf seinem 63. Treffen in Moskau den russischen Verteidigungsminister Sergej Schojgu zu seinem Vorsitzenden.
11.12.2012	Galina Wyschnewskaja, herausragende russische Opernsängerin und Ehefrau des Cellisten Mstislaw Rostropowitsch, stirbt im Alter von 87 Jahren.
12.12.2012	Präsident Putin präsentiert am »Tag der Verfassung« die »Botschaft an die Föderalversammlung«.
12.12.2012	Ein Moskauer Bezirksgericht verlängert die Untersuchungshaft von Leonid Raswoschajew, einem Aktivisten der »Linken Front«, bis zum 1. April 2013. Raswoschajew ist wegen »Vorbereitung von Massenunruhen« angeklagt.
13.12.2012	Sergej Udaltow, Vorsitzender der »Linken Front«, gibt bekannt, dass die Moskauer Stadtverwaltung die Durchführung einer Demonstration am 15. Dezember in Moskau offiziell untersagt. Der »Koordinationsrat der Opposition« hatte zum Jahrestag des Protests einen »Marsch der Freiheit« geplant.
13.12.2012	Präsident Putin empfängt erstmals den »Rat der Gesetzgeber«, ein Gremium, dem Abgeordnete der Regionalparlamente sowie die Ausschuss-Vorsitzenden der Staatsduma und des Föderationsrats angehören. Bei diesem Treffen erklärt Putin u. a., dass ein Gesetz, das auf die vom US Congress verabschiedete »Magnitsky-Liste« reagiert, seine Unterstützung fände.
14.12.2012	Wladimir Markin, der Sprecher des Strafverfolgungskomitees, teilt mit, dass gegen den bekannten Blogger und Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnij und seinen Bruder Oleg ein Strafverfahren wegen »betrügerischen Diebstahls« von mehr als 55 Mio. Rubel (ca. € 1,4 Mio.) eingeleitet wurde.
14.12.2012	Das Gebietsgericht Archangelsk kassiert auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Entscheidung des Rayonsgerichts von Welsk. Das Welsker Gericht hatte am 1. November die Haftstrafe von Platon Lebedew, dem Mitbesitzer von JUKOS, der gemeinsam mit Michail Chodorkowskij verurteilt worden war, von 13 auf ca. 10 Jahre verkürzt.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen
und Halbach-Stiftung

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de